№ 437
B 216
Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 13. September 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr: Amt Dönhoff 2686—2935 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Deutschlands Völkerbundsgegner

Sie freuen sich über die Berliner Zurückhaltung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

jb **Genf**, 13. September.

Die deutsche Regierung hat es bereits tatsächlich fertiggebracht, die Sympathien, die für den Eintritt Deutschlands in den Kreisen der Völkerbundbelegation bestanden, völlig ins Gegenteil zu verkehren. Mehr und mehr hat sich hier die Ansicht verdichtet, daß Deutschland äußerlich mit den Zeichen des Triumphators in den Völkerbund einzuziehen wünscht, oder daß womöglich das deutsche Zurschautragen dieses Wunsches nur die Kaschierung der wirklichen Absicht gewisser Kreise der deutschen Regierung ist, den Eintritt in den Völkerbund vorläufig zu vermeiden. Man ist daher hier, wie ich auf Grund bester Erkundigungen feststellen kann, jetzt zu der Einsicht gelangt, daß es sowohl für den Völkerbund als auch für die künftige Rolle Deutschlands im Völkerbund besser ist, wenn sich die gegenwärtige deutsche Regierung auch weiterhin einstweilen auf ihrer bisherigen Position hält, d. h. gelegentlich an Völkerbundserbeiten teilnimmt, aber politisch den Anschluß an einen ihr scheinbar innerlich so unsympathischen Bund unterläßt. Man hofft, daß eine zukünftige deutsche Regierung mehr Sympathie und Verständnis für den Völkerbund aufbringen wird oder vielleicht auch die jetzige Regierung, wenn sie sich einmal von den nationalistischen Schwergewichten befreit hat, die ihr heute noch anhängen.

Die deutsche Regierung hat durch ihr Verhalten den Gegnern des Eintrittes Deutschlands einen Alp von der Brust genommen. Diese Gegner sind immer noch sehr zahlreich. Allerdings hätten sie, gegenüber einer deutschen Regierung, die die Situation zu erfassen gewußt hätte, eine Macht nicht mehr bedeutet. Diese Gegner sitzen natürlich in erster Linie noch in der französischen Delegation. Nicht in denjenigen Männern, die diesmal zum erstenmal aus Paris gekommen sind und die die Politik Herriots vertreten. Aber man kann nicht erwarten, daß die alten Mitglieder der französischen Delegation, die seit Jahren die Politik Poincarés vertreten haben, nun die Gesinnung wechseln, weil ihr Herr gewechselt hat. Die Verbindung dieser alten Männer mit den eintrittsfeindlichen Männern der anderen Delegationen und der Presse sind natürlich inniger und zahlreicher, als die der Delegationsneulinge, und so läßt sich ihr sehr viel größere Zahl der einem Eintritt Deutschlands feindlichen Pressestimmen (die heimlich aus der französischen Delegation stammen) sozusagen mathematisch erklären. Dazu kommt, daß in der englischen Delegation die Begeisterung für den Eintritt Deutschlands durchaus nicht so einhellig ist, wie man annehmen könnte. Und in den Delegationen der „Kleinen Entente" gibt es sogar wahrscheinlich viel mehr heimliche Gegner als offene Anhänger eines sofortigen Eintritts.

Bei alledem ist nun noch zu berücksichtigen, daß Deutschland durch die Aufwerfung der Frage des ständigen Ratssitzes Schwierigkeiten aufgerichtet hat, die ohnedies nach mehrfacher Richtung im Völkerbund bestehen. Zunächst rein technische, die dadurch bedingt waren, daß in einigen Delegationen, die selbst auf einen ständigen Ratssitz an Stelle ihres jetzigen nichtständigen Platzes reflektieren, sich keine Neigung zeigte, Deutschland zu bewilligen, was sie selbst nicht bekommen konnten. Diese Schwierigkeiten waren aber zu einem Teil überwunden, um Deutschland die Wege zu ebnen, als plötzlich die Aufrollung der Kriegsschuldfrage durch Deutschland dazwischenplatzte.

Damit ist ja nun die „Gefahr eines baldigen Eintritts Deutschlands, wie sie von einigen Delegationsmitgliedern gefürchtet wurde, beseitigt. Denn aus den verschiedensten Gründen, die von der Berliner Redaktion der „Vossischen Zeitung" schon treffend gekennzeichnet worden sind, ist es ganz ausgeschlossen, daß der Völkerbund Deutschland zuliebe seine Satzungen ändern oder daß vom Völkerbund aus Deutschland das feierliche Versprechen eines ständigen Ratssitzes gegeben wird.

In Berlin scheint man immer noch zu glauben, daß Herrots Aeußerung, Deutschland müsse unter den gleichen Bedingungen, wie jeder andere Staat eintreten, eine Unfreundlichkeit war, die der Auffassung der sogenannten deutschfreundlichen Delegationen widerspracht. In Wirklichkeit hat er damit gerade die Stimmungen in der skandinavischen, holländischen und schweizerischen Delegation ausgedrückt, die an sich sehr energisch für den Eintritt Deutschlands eintreten, die aber andererseits das demokratische Prinzip der Gleichberechtigung aller Mitglieder am Völkerbund besonders peinlich gewahrt wissen wollten.

Es wäre nicht ausgeschlossen gewesen, daß von einigen einflußreichen Delegationen, zu denen neben der englischen, auch die französische gehört hätte, das Verfahren durchgeführt worden wäre, durch Beschluß des Völkerbundrates und der Völkerbundversammlung die Zahl der ständigen Sitze zu erhöhen und zwar der ständigen Sitze vorläufig nicht zu besetzen. Das wäre ja dann wohl auch für Berlin deutlich genug gewesen. Aber wenn das alles in der ersten Woche der Versammlung möglich gewesen wäre, jetzt ist auch diese Möglichkeit verschüttet.

Keine sofortige Notifizierung.

Was hat Stresemann sagen wollen?

Die Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin und eine Besprechung, die der Reichsaußenminister gestern mit einem kleinen Kreise von Pressevertretern hatte, hat in den Zeitungen ein überaus lebhaftes Echo gefunden. Die Blätter aller Parteien nehmen noch einmal Gelegenheit, ihren Standpunkt gegenüber der Politik des Kabinetts Marx und insbesondere Dr. Stresemanns in der Frage der Kriegsschuldnote und des Eintritts in den Völkerbund nachdrücklichst darzulegen.

Die einander widersprechenden Ansichten, die dabei über die Haltung Dr. Stresemanns geäußert worden sind, werden nun durch eine authentische Interpretation der „B. Z. am Mittag", die aus der nächsten Umgebung Dr. Stresemanns stammt, geklärt. Danach hält Dr. Stresemann zwar daran fest, daß die Kriegsschulderklärung notifiziert werden müsse, schon weil Deutschland nicht nach den Erklärungen des französischen Botschafters de Margerie im Auswärtigen Amt und nach den Veröffentlichungen des vertraulichen Marx-Briefes an Herriot durch Haras „unter Druck" die Notifizierung aufgeben könne. Aber die Absicht, die Note sofort abzusenden und bereits am Montag im Kabinettsrat die Absendung zu fordern, besteht beim Reichsaußenminister nicht. Er denke vielmehr, an einem gelegenerem Zeitpunkt im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen die Note abzusenden.

Auch über die Stellung Dr. Stresemanns in der Völkerbundfrage gibt die „B. Z. am Mittag" eine präzise Darstellung. Dr. Stresemann ist „nichts weniger als ein Gegner des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund". Aber die Absendung eines deutschen Aufnahmegesuches nach Genf ist nach Dr. Stresemanns Ansicht unzertrennlich an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft: Es darf erstens in Völkerbundkreisen kein Zweifel darüber herrschen, daß ein Aufnahmeantrag Deutschlands nicht die neuerliche Anerkennung des Versailler Schuldspruches bedeutet. Und zweitens müsse Deutschland die Sicherheit haben, daß es nach Absendung des Aufnahmeantrages auch wirklich einen Sitz im Völkerbundrat erhalte. Diese Sicherheit besteht aber nach Ansicht Dr. Stresemanns bis heute durchaus nicht.

Mit diesen Erklärungen nähert sich Dr. Stresemann den Ansichten, die in der Presse der Mittelparteien zum Ausdruck kommen. Die „Germania", das Berliner Zentrumsblatt, hat heute morgen nochmals darauf hingewiesen, daß der Schritt der Regierung in der Kriegsschuldfrage schon deshalb wenig wirksam sein mußte, weil er von vornherein durch das Drängen der Deutschnationalen belastet war. Das Zentrumsblatt empfiehlt daher, die Notifizierung auf einen günstigeren Zeitpunkt zu vertagen, wie es gestern auch schon von der „Kölnischen Volkszeitung" in noch deutlicherer Form ausgesprochen wurde.

Der „Vorwärts" steht in den Aeußerungen, die Dr. Stresemann gestern gemacht haben soll, bereits das Vorspiel zu einem großen Ministersturz und zur Vorbereitung einer Bürgerblock-Regierung. Nach der heutigen Interpretation dieser Aeußerungen wird man diese sehr pessimistischen Auffassungen des sozialdemokratischen Blattes nicht teilen können.

Ein besonders lautes Echo finden die Darlegungen Dr. Stresemanns natürlich in der Rechtspresse, die sichtlich bemüht ist, aus der Schamade des Reichsaußenministers eine Fanfare zu machen und dabei nur den Schmerz nicht ganz unterdrücken kann, daß die verbohrte Prestigepolitik nicht von einem der Ihren getrieben wird.

Englische Stresemann-Psychologie.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

str. **London**, 13. September.

Der „Daily Telegraph" beschäftigt sich in einer Meldung seines Berliner Korespondenten mit der Kriegsschuldnote und stellt fest, daß Dr. Stresemann offenbar die Absicht habe, die Absendung der Note herbeizuführen. Der Korrespondent erwartet davon unter Umständen eine Kabinettskrise. Auf der andern Seite hält er es aber auch für möglich, daß Stresemann nur versuche, die Rolle eines Ueberpatrioten vor seiner eigenen und der Deutschnationalen Partei zu spielen, ohne ernstlich die Absicht zu haben, die Note abzusenden. Vielleicht, so meint der „Daily Telegraph", fällt der Zeitpunkt der Absendung mit der Fünfzig-Jahr-Periode zusammen, von der Ramsay Macdonald gesprochen hat.

Der pazifistische General.

Von

Dr. Edgar Stern-Rubarth.

✱ London, 11. September.

Montag, 15. September, wird in der Central Hall in London ein Kongreß der „Fidac" (Fédération interalliée des anciens combattants) eröffnet, dessen Tagesordnung eine Diskussion über die Abänderung des „interalliierten" in einen internationalen Charakter der Organisation, über die Aufnahme deutscher Mitglieder und Korporationen enthält. General Sir Jan Hamilton, der Vicepräsident der British Legion und Vorsitzende der Londoner Sektion dieser größten englischen Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer, hielt vorigen Dienstag in London eine eindrucksvolle Rede zu der vorerwähnten Frage, die den Verfasser veranlaßte, sich nähere Informationen über Person und Standpunkt der von Sir Jan Hamilton vertretenen Gruppe zu verschaffen.

Es ist eine bezeichnende Erscheinung, daß an der Spitze einer ganz bestimmten Form der pazifistischen Bewegung hohe Militärs stehen. Nicht verbitterte, abgedankte, von irgendwelchen Mißerfolgen ihrer Karriere in ein entgegengesetztes Lager getriebene Offiziere, sondern gerade im Gegenteil Generale und Heerführer, deren Namen in Verbindung mit glänzenden Waffentaten genannt wird, wie der des französischen Generals Percin, unserer Generale v. Steimling und Baron Schoenaich und der des englischen Generals Sir Jan Hamilton. Wir wissen im allgemeinen nicht viel über diesen alten englischen Troupier; deshalb seien einige Daten vorausgeschickt.

Sir Jan Hamilton trat 1873 in die Armee als Zwanzigjähriger ein, ist also heute 71 Jahre alt. (Man sieht sie dem Jüngling mit der schlanken, elastischen Gestalt, dem frischen, scharfgeschnittenen Gesicht mit hochgezwirbeltem, kaum ergrauten Schnurrbart und dem scharfen Blick freilich nicht entfernt an; er macht den Eindruck eines jugendlichen Fünfzigers). Im Afghanischen Krieg 1878—80 war er bereits zweimal im Heeresbericht genannt; im ersten Burenkrieg 1881, bei der Nil-Expedition 1884—85 zeichnete er sich weiter aus, um während des zweiten Burenkrieges 1900—01, mit 47 Jahren Generalmajor geworden, alle denkbaren militärischen Ehren einzuheimsen: mehrmals im Heeresbericht genannt, bei der Verteidigung von Ladysmith, in der Schlacht am Majuba-Hill (wo seine linke Hand verstümmelt wurde) und bei andern schweren Kämpfen, die mit seinem Namen verbunden sind. 1902 wurde er Kitcheners Generalstabschef, Generalleutnant mit 50 Jahren, General-Adjutant der Armee, schließlich, nach der sog. Mittelmeer-Expedition von 1909—10, Kommandierender General. Als solcher hat er an den verschiedensten Fronten des Weltkrieges mitgekämpft und war einer der populärsten englischen Heerführer.

Wenn ein Mann, der seit 50 Jahren aktiven Dienst gemacht hat, ein ausgesprochenes altes „Schlachtroß", Versöhnung und Kampf gegen den Krieg predigt, so ist es nicht erlaubt, andere Motive zu unterstellen als die auf Erfahrung beruhende Ueberzeugung, daß der Krieg in seiner heutigen Form eine Absurdität geworden ist und daß seine „Unabwendbarkeit" auf der fixen Idee derer beruht, die ihn nicht oder gedankenlos erlebt haben. Das Auftreten im Interesse der Weltversöhnung, der Schiedsgerichtsbarkeit, der Abrüstung ist aber in England kaum weniger der Anfeindung durch konservative Elemente ausgesetzt als bei uns; die „Diehards" haben bis auf einige Nuancen genau die gleiche Mentalität wie unsere Deutschvölkischen, und unter den aktiven, mehr aber noch unter den ehemaligen Offizieren verdenken viele dem General Hamilton seine „immilitärische" Gesinnung, wenn sie es auch nicht, wie bei uns gewisse Kreise in gleichen Fällen, zuwege bringen, einen alten und erprobten Helden zu verunglimpfen. Auf der anderen Seite ist freilich die Tatsache charakteristisch für den Gegensatz zwischen englischer und deutscher Empfindung gegenüber der „Notwendigkeit" des Krieges oder wenigstens der öffentlichen Form, in der man seine Ablehnung gegen ihn bekundet, daß die Millionenkörperschaft der British Legion einen ausgesprochenen Kriegsgegner an ihre Spitze stellt. Man denke sich etwa General v. Deimling als Vorsitzenden der deutschen Frontkämpferverbände, der Stahlhelm-Organisationen und dergleichen!

Seine Ausführungen bei der erwähnten Versammlung der „Gordon Highlanders" im Legions-Klub sind in ihrem wesentlichsten Teil bereits von der „Vossischen Zeitung" wiedergegeben worden. Er hat dabei einen Gedankengang in treffenden Worten hervorgehoben, den der Verfasser dieser Ausführungen in der Diskussion über seinen „C. O."-Vorschlag vertrat: daß niemand mehr berufen und verpflichtet sei, den künftigen Generationen die Greuel des Krieges (die sich mit fortschreitender Technik, Gas-, Luft- und Bazillenkampf potenzieren) zu ersparen, als die Führer vergangener Kriege, voran das Offizierkorps aller am Weltkriege beteiligten Länder und ihre Mitkämpfer.

„Wir müssen", so erwähnte General Hamilton im Gespräch, „Deutschland auf alle Fälle in den Völkerbund bringen — warum sollte man also Deutsche von den Kriegsteilnehmer-Organisationen fernhalten? Die ehemaligen Soldaten sind im allgemeinen viel weniger bitter gegen Deutsche

als die Zivilbevölkerung. Frauen, die ihren Mann, Mädchen, die ihren Liebsten verloren haben, die aber selbst der reinigenden Wirkung des Schlachtenfeuers nicht ausgesetzt waren, haben ihren Haß weitergenährt. Nicht so die Soldaten. Seit zwei Jahren hatte ich im ganzen Lande Vorträge, um zu erreichen, daß unsere französischen Kameraden ebenfalls dem Versuch zustimmen, unsere deutschen Kameraden in unsere „Fidac"-Organisation einzubeziehen. Vielleicht war es bloß Höflichkeit gegenüber dem alten Offizier, der so viele von Euchsörern unter seinem Kommando hatte — aber jedenfalls habe ich nicht einen einzigen ehemaligen Frontkämpfer protestieren gehört."

Auf die Frage nach dem bisherigen Erfolg der Bemühungen konnte Sir Jan auf die beiden Resolutionen verweisen, die von den französischen und englischen Frontkämpfer-Organisationen vor einiger Zeit gefaßt wurden. Diejenige der „Union Fédérale Française" schlägt vor, die Fidac mit den Organisationen in ehemals feindlichen Ländern in Verbindung treten und sie wissen zu lassen, welche Bemühungen sie zur Sicherung des Friedens gemacht hat, und zu erfahren, was auf der anderen (deutschen) Seite in der gleichen Richtung von den Frontkämpfern getan worden ist und geplant wird. Die Resolution der British Legion fordert, daß das Präsidium alsbald nach Regelung der Reparationsfrage — wie inzwischen geschehen — die Organisationen ehemals feindlicher Länder in Vorschlag bringen soll, die „mit Nutzen für die Sache des Friedens zum Beitritt in die Fidac eingeladen werden können". Also auf beiden Seiten ein ausgesprochenes Schielnsehen der zusammen über 5 Millionen umfassenden Frontkämpferbünde für ein pazifistisches Ziel, wobei General Hamilton freilich für sich und seine Leute recht entschieden die Wesensgleichheit mit den (vom Grafen Coudenhove-Calergi unlängst in der „Vossischen Zeitung" sehr treffend gekennzeichneten) „Pazifisten" ablehnt.

„Nicht die Pazifisten, sondern die Kämpfer werden ihre Macht gegen den Krieg vereint einsetzen, und die „Fidac" wird zur Lösung der Frage ein gut Teil beitragen. Ich habe mein Bestes dazu getan, daß in naher Zukunft das „I" in „FIDAC" für „international" statt für „interalliiert" stehen wird. Und wenn die ehemaligen Frontkämpfer nicht mit mir eines Sinnes wären, so würden sie mich längst hinausgeworfen haben (er sagt derb militärisch: kicked out) anstatt mich zu ihrem Vorsitzenden zu machen."

Ueber die Frage, ob die deutschen Organisationen gleicher Art, über die er sich gut unterrichtet zeigte, auch gewillt seien, sich einer solchen Organisation anzuschließen und der Friedensbewegung mit ihren „Kameraden vom jenseitigen Schützengraben" zu dienen, scheint General Hamilton freilich nicht allzu optimistisch zu denken. Es wäre gut, wenn ihn und die ganze Bewegung, in deren Mittelpunkt er steht, recht bald Kundgebungen all der Organisationen, die einen ehrlichen Frieden wollen, von der Bereitschaft überzeugen könnten, dem ehemaligen Feinde die Hand zu reichen — zum Schutze derer, die nach uns kommen!

Der Putschversuch in Lissabon.

„Banas" berichtet aus Lissabon: Die Minister der republikanischen Aktion haben die Macht weiter in Händen. Die Regierung hat die Festnahme des Direktoriums der radikalen Partei angeordnet. Im ganzen Lande herrscht Ruhe.

Knebelung der Katalonier.

Anläßlich der gespannten innerpolitischen Lage in Spanien wird die katalonische nationale Bewegung von Seiten der Regierung sehr streng unterdrückt. Die nationalen Tänze, Jahresfeiern und Messen sind durch Rivera verboten worden, da sie angeblich auf separatistische Propaganda ausgehen.

„Belgrader Zeitung".

Am 1. Oktober soll in Belgrad eine Tageszeitung in deutscher Sprache, die „Belgrader Zeitung" erscheinen.

Das Reinmachen am Quai d'Orsay.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris,** 13. September.

Zu der bevorstehenden Personalveränderung im französischen diplomatischen Dienst schreibt die „Ere Nouvelle": Die Demission Barrères eröffnet die große Krise am Quai d'Orsay, deren Kommen bereits nach dem Wahlsieg der Linken unvermeidlich erschien. Wir hätten jedoch gewünscht, daß diese berühmte Personalveränderung nicht sofort nach dem Amtsantritt Herriots erfolgt wäre. Wir verlangen von dem Ministerpräsidenten, daß er endlich die große Reform vornimmt, die Frankreich eine republikanische Vertretung im Auslande gibt. **Man kann keine gesunde Politik betreiben, ohne daß man Männer hat, die dieser Politik ergeben sind. Das Frankreich des Friedens verlangt auch Diplomaten des Friedens.**

Das „Echo de Paris" glaubt zu wissen, daß der Abgeordnete Hennessy für den Gesandtenposten in Madrid ins Auge gefaßt wird. Der bekannte Unterhändler des französisch-türkischen Abkommens, François Bouillon, der augenblickliche Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten in der Kammer ist, sei als erster französischer Gesandter in Angora vorgesehen.

Nach dem „Eclair" ist de Monzie, der Vorsitzende der Studienkommission, für die Anerkennung Rußlands, für den Botschafterposten in Moskau in Aussicht genommen. Neuerdings wird auch noch ein anderer Kandidat für diesen Posten genannt, nämlich Leon Blum.

Der Aufstand der Georgier.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

str. **London,** 13. September.

Ueber die Erhebung der Georgier berichtet die hiesige Morgenpresse, daß die Bolschewisten mit großer Grausamkeit gegen die Bevölkerung vorgehen. Auch Erschießungen durch die inzwischen eingetroffenen bolschewistischen Verstärkungen und Niederbrennung ganzer Dörfer werden aus Konstantinopel gemeldet.

Der „Daily Telegraph" führt den Aufstand in Georgien auf türkischen Einfluß zurück und verzeichnet ein Uebergreifen der Bewegung auf Aserbeidschan.

Die georgische Gesandtschaft in Paris veröffentlicht folgendes Telegramm aus Konstantinopel: Ein Schiff, das von Konstantinopel nach Batum abgefahren war, konnte in den Bestimmungshafen nicht einfahren. Sämtliche Verbindungen mit Batum sind unterbrochen. In der Umgebung der Stadt spielen sich heftige Kämpfe ab. Einzelheiten fehlen.

Der Kampf um Tetuan.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

str. **London,** 13. September.

Nach Reutermeldungen aus Gibraltar haben die Rifftabylen alle Stützpunkte zwischen Tetuan und Schefschuan eingenommen und sind, 7000 Mann stark, in Schefschuan eingedrungen. Die Wasserversorgung Schefschuans ist abgeschnitten. Die Hügelkette südlich von Tetuan ist durch die Riffleute besetzt worden. An die Bevölkerung sind Warnungen ergangen, die Häuser von Angehörigen neutraler Länder zwecks Schutzes vor einer Bombardierung zu beflaggen.

Das offizielle Madrider Communiqué meldet, daß seit 24 Stunden die Angriffe der Rifftabylen in der Gegend von Tetuan aufgehört hätten. 3000 Mann spanischer Truppen, die in Wadi Lau standen, sind eingeschifft worden, um die Garnison von Tetuan zu verstärken. Weiterhin sind verschiedene Vorstöße unternommen worden, um die Straße nach Tanger wieder freizubekommen.

Das neutrale Kalifatskomitee hat die indischen Mohammedaner in einem Aufruf aufgefordert, für den Erfolg der Rifleute zu beten, und hat beschlossen, eine finanzielle Hilfeleistung zu organisieren.

Die Lage in China.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

str. **London,** 13. September.

An der Kampffront der beiden Parteien hat sich bisher nichts Entscheidendes ereignet. Die Regenglüsse, die alle militärischen Operationen zum Stillstand gebracht haben, dauern noch an. An der Westfront gingen die Kiangsu-Streitkräfte gestern nachmittag auf ihre Hauptstellung bei Tschangtschau zurück. Dieser Ort wird von den Tschekiang-Streitkräften bedroht, die bereits Ihsing, westlich des Taihu-Sees und 23 Meilen südlich von Tschangtschau, genommen haben.

Ueber die Stellung der einzelnen chinesischen Provinzen meldet „Reuter" aus Schanghai: Der Mandschurei-Oberbefehlshaber Tschangsolin wird unterstützt von Kirin, Fengtien und Holungkiang. Der Kriegsminister Wu-Pei-Fu wird unterstützt von Tschili, Szetschuan, Kansu, Schensi, Schantung, Hunan, Kiangsu, Hupe, Kiangsi, Fukien und Schensi. Dr. Sun Yat-sen wird unterstützt von Kwangtung, Kwangsi, Yünnan und Kweitschau. Tschekiang ist unabhängig unter Lu-Yung-Hsiang.

Peking befindet sich im Kriegszustand, obgleich der Kriegszustand nicht förmlich erklärt ist. Es sind 60 000 Mann mobilisiert worden, während Tschang-Tsolin unter dem Vorwand von Herbstmanövern seinen Marsch südwärts vorbereitet. Auf Drängen des Marschalls Wu-Pei-Fu und des Reichspräsidenten Hao-Kun wurde gestern Dr. W. W. Yen vom chinesischen Parlament zum Premierminister gewählt. Die Wahl erfolgte mit Zweidrittelmehrheit. Damit ist der längst zur Gewohnheit gewordene Zustand eines Rumpfkabinetts vorläufig wiederaufgehoben. Es ist bemerkenswert, daß die russische Gesandtschaft gestern dem Sowjetvertreter Karachan übergeben wurde.

*

Der neue Ministerpräsident, dessen chinesischer Name Hsü Ching lautet, ist im Jahre 1877 geboren. Er hat 1895 bis 1897 an der bischöflichen Hochschule in Virginia in den Vereinigten Staaten studiert und wurde Professor der englischen Sprache in Schanghai. Von 1908 bis 1910 war er Delegationssekretär der englischen Gesandtschaft in Washington. Dann leitete er Pressebüros in Peking und wurde schließlich Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten von 1912 bis 1913, 1918 bis 1920 war er Gesandter in Deutschland und Dänemark und seit 1920 Minister des Auswärtigen.

Wie gelogen wird.

Die amtliche Polnische Telegraphenagentur in Warschau läßt sich aus Berlin von ihrem Korrespondenten melden, daß die Vertreter der Linksparteien des Deutschen Reichstages beschlossen hätten, für die ministeriellen Kombinationen eines Bürgerblocks einzutreten. Diese Nachricht, die in sämtliche polnische Blätter übergegangen ist, ist ein Beweis dafür, wie das Ausland selbst von amtlichen Telegraphenagenturen über die inneren Verhältnisse Deutschlands „orientiert" wird.

Karl Valentin.

Von

Julius Elias.

Den Münchener Komiker Karl Valentin, der am Montag sein Gastspiel im Neuen Operettentheater beginnt, führt ein Dankbarer bei den Berlinern ein.

Als ich vor vielen Jahren in meinem alten Münchener Freundeskreise von Papa Greis, dem Fürsten von Oberpfälzingen, schwärmte und ihn den letzten großen Münchener Lokalkomiker nannte, da zwinkerte Max Bernstein mit den braunen Aeuglein und sagte kategorisch: „Genga mer zum Wagner!" Und ich ging mit ihm und erlebte in dem verräucherten, von kleinbürgerlichem Publikum dicht gefüllten Bräukeller den vergnügtlichsten Abend meines Lebens.

Ein hagerer, stippischer, spitznäsiger, zum Wälzen ungeschickter Bursche führte eine Bier- und Jahrmarktsmusik auf; ein völlig entfetteter Falstaff mit seiner traurig-humorigen Soldateska. Das war eigentlich alles. Die unauffälligste, stillste vis comica (still trotz der lärmenden Musik), die es vielleicht je gegeben hat. So dachte ich damals und suchte oft den Wagnerteller auf. Ich wurde die Vorstellung: Spitzweg, nicht los und die Spitzweghen Gestalten mit den tiefen Drolerien und dem leichten Schimmer von Melancholie. Später ging ich dem Karl Valentin in die gehobenen Radaretts nach, z. B. in den „Simplizissimus". Inzwischen nämlich war er der Kleinbürgerlichkeit entwachsen und von der erlauchten Schwabinger Bohème approbiert worden. Er wurde salonfähig; wurde eingeladen von den sogenannten Großherren der Münchener Kunst: Stuck und Fritz August Kaulbach. Echte Meisterschaft kam zu falscher ins Haus.

Aber noch höher stieg Karl Valentin. Halb zog es ihn, halb sank er hin — aufs Theater: er tritt in den „Kammerspielen", im „Schauspielhaus", im „Münchener Theater" auf. Er hatte sich eine Art Rahmenstücke zurechtgelegt, in denen sich volksmäßige spectacles coupés varietéhaft entwickelten. Valentin wurde abendfüllend, blieb aber, höchst konservativ, der Münchener Lokalkomiker, der sich seine Typen, Monologe, Dialoge, Verse, auch seine Musik naiv selber zusammenschlug und keinen andern Chogeli hatte, als die ersteinzelnsten Beziehungen zu seinem mehr oder weniger bescheidenen Stammpublikum zu unterhalten. An den großen Nutzen dachte er nicht im geringsten. Man sagte von ihm: schon eine Fahrt nach Feldmoching sei ihm wie eine Weltreise vorgekommen. Darin hatte er übrigens Aehnlichkeit mit Papa Geis, der also der porträtierte große Münchener Lokalkomiker gewesen ist.

Doch eines schönen Morgens wachte Karl Valentin in Wien — wie das eigentlich gekommen war, wußte er wahrscheinlich selber nicht — als weltberühmter Künstler auf. Er empfing seine europäische Prägung. Und nun ist dieser Klassiker der Münchener Fidelitas nach Berlin gekommen. Ob die Berliner Kunstrichter dieselben Purzelbäume schlagen werden wie die Wiener Feuilletonisten, ist Sache einer Erfahrung, die vor der Tür (des Neuen Operettentheaters) steht. Hoffentlich. Ihnen überlasse ich mit dem größten Vergnügen die Analyse dieses komischen Phänomens.

„Die vier Schlaumeier." Die Direktion Felix Meinhardt hat die Posse aus Alt-Berlin von Decker und Pars im Residenz-Theater herausgebracht und sich damit vorausschätzlich ihr Saisonstück geschert. Etwas hundertmal Dagewesenes, aber volkstümlich Gutes ist hier mit viel Liebe und einer Menge hübscher Details in ausnehmend nette Form gebracht. Von der Farbenzusammenstellung der Kostüme an bis zu der zum Teil sehr witzigen Instrumentierung der einfachen Musik (von Walter W. Goetze), von der simplen Handlung, aus der offenbar noch im letzten Moment aus Raumgründen mit kräftigem Strich ganze Rollen weggefegt worden waren, bis zu der Darstellung erschien alles durchgearbeitet und von einer gemütlichen Heiterkeit erfüllt, die mitnimmt. Nie schlägt das bischen nötige Rührung ins Kitschige um, nirgends der spielende Unsinn in ärgerliche Sinnlosigkeit. Die braven Leute behalten alle so schön recht und sind vergnügt und strafen die Bösen. Das sentimentale Liebespaar — die mexikanische Millionärin (Lotte Duqué) und der edle (beide sind sehr edel) studierte „kleine Bruder" des Konditors Lindemann (Wellhof) macht es faktisch kurz und läßt den größten Raum den vier Helden: dem alten Konditor, den Karl Wallauer, den Droschkenkutscher, den Paul Schaefer in spaßiger Maske spielt, der als Konditormamsell und Zofe unermüdlich liebenswürdigen Betty Feiner, und Oskar Sabo, der als ehrlicher Taugenichts, halb dümmlich halb schlau, verliebt, unnütz, glücklicher Gewinner in allen Affären, sich glücklich in seiner Haut fühlt. Dieses Paar, drollig reduziert, bodenlos anständig, mit hundert kleinen Bewegungseinfällen und augenblinzelnden Nuancen, hat etwas, was in Berliner Theatern auffallend selten ist: Charme und wirkliche Lustigkeit. Gar kein hoher Chrgeiz, zahme Witze, scheinbar ansprüchslose Geschicklichkeit und saubere Linienführung im Tänzerischen. Szenischen, Musikalischen schaffen die angenehme Atmosphäre eines Theaterabends, der offenbar allen Beteiligten Vergnügen gemacht hat.

G. F.

Aus den Theatern. Die nächste Neueinstudierung der Großen Volksoper ist die Oper „Martha" von Flotow. Sie geht am 17. September unter musikalischer Leitung von Fritz Zweig in Szene.

Die General-Intendanz der bayerischen Staatstheater hat das Schauspiel „Reinhardt von Oneisenau" von Wolfgang Goetz zur Uraufführung angenommen.

Direktor Paul Schneider-Duncker hat für das Eröffnungsprogramm seiner Künstlerbühne „Roland von Berlin", Admiralspalast, Elisabeth Bergner vom Deutschen Theater verpflichtet.

Alte und junge Pantomime.

„Der Leierkasten" in der Oper am Königsplatz

Den Gegensatz eines ausserbenden und eines neu aufblühenden Stils der Pantomime zeigte in dieser Woche die Aufführung der „Sumurun" im Deutschen Theater und die gestrige Aufführung des „Leierkastens" von Max Terpis in der Oper am Königsplatz. Man könnte ihn etwa so andeuten: die alte Pantomime geht, untänzerisch, von der mimisch-erläuternden Geste des einzelnen Schauspielers aus; sie beschreibt den wechselnden Inhalt durch Gestikulation, behandelt alles rein Tänzerische als Einlage. Die junge beschreibt nicht den Inhalt, sondern gestaltet den Gehalt des Vorgangs, indem sie charakteristische Bewegungsthemen und Bewegungsfolgen tänzerisch abwandelt, einander begleiten, begegnen, widerstreiten läßt. Jene reiht Ausdrucksbewegungen aneinander; diese gibt räumlich durchkomponierten, polyphonen Bewegungsausdruck. Man vergleiche etwa das formlose, rhythmisch und räumlich willkürliche Hin- und Herreiben der Massen über die Bühne in „Sumurun" mit der gegliederten und doch den Eindruck lebhaften Jahrmarktstreibens bewirkenden Gruppenführung in „Leierkasten".

Max Reinhardt hatte einst mit Hilfe überragender Schauspieler nicht bloß den Stimmungs-, sondern auch den Ausdrucksgehalt der mimischen Szenen so gesteigert und zugleich so sicher in malerisch gegliederte Bewegung aufgelöst, daß sie fast ohne Bruch in die rein tänzerischen Szenen übergingen. Höhepunkt seiner Aufführung war dennoch der reliefhaft geordnete Zug in den Harem, ein Farbentraum, unvergeßlich durch den mitreißenden Schwung der Führerschritte und der langenden Hände Grete Wiesenthals. Reinhardts Nachfahr jetzt — obschon ein Tänzer von Beruf — gab nichts als eine Aneinanderklitterung von „stummem Spiel" (erläuternder Gestikulation) und Balletteinlagen. Beides löste einander ab, ohne ineinander hinüber zu schwingen. Alles eigentlich Tänzerische erschöpfte sich zudem in einem Dilettantismus, der aus tänzerischer Verlegenheit sich an die Nuditätenkultur der Revue-Theater anschloß. Eine verwunderliche Armut an Bewegungsphantasie beherrschte die tänzerischen und bedrückte die schauspielerischen Darsteller.

Der „Leierkasten" (verfaßt und eingelibt von Max Terpis, musikalisch effektvoll unterbaut von Jaap Kool und Karel Mengelberg) ist freilich ein leichtwiegendes Kleinwerk. Aber die Aufführung ist doch für den neuen Stil und die neue Arbeitsweise charakteristisch. Wie hier etwa das zögernd-hastige Entleeren der Bühne (auch ohne das musikalische Gewitterbedeutet) räumlicher Ausdruck des Unheimlichen und damit Hochspannung

Die Kriegs-Unschuld.

Der Kampf gegen die Behauptung einer einseitigen Kriegsschuld Deutschlands wird erschwert durch manche „Vorkämpfer" dieser Bewegung, die die Wirkung auf das Ausland nur vorschützen, in Wahrheit aber nur daran denken, an die Stelle der Kriegsschuldlüge der Entente die Kriegsunschuldlüge zugunsten der früher herrschenden Kreise zu setzen. Dazu bemerkt die „Germania" mit Recht:

„Eine Entlastung der damaligen deutschen Führung ergibt sich aus der Wahrheit über die Schuldfrage nur in der Schuldfrage selbst. Eine Entlastung der damaligen deutschen Führung dem Inlande gegenüber, im Sinne der Verantwortung vor dem eigenen Volk, ergibt sich daraus nicht. Denn eben die Beweise, die die damalige Führung moralisch von der Kriegsschuld befreien, belasten sie in politischer Hinsicht. Alle diese Beweise bauen sich auf einer Verworrenheit und taktischen Unterlegenheit der damaligen Führung auf, die uns dem Spiel der Gegner so auslieferte, daß heute noch die Formulierung des Versailler Vertrages davon leben kann. Wer aus traditionellen oder Gefühlsgründen etwa hofft, bei einer Klärung der Schuldfrage das sogenannte alte Regime gleichzeitig mit der moralischen Entlastung von dem Vorwurf völligen Versagens in politischer Hinsicht zu befreien, der huldigt einem Irrtum.

Wir glauben auch nicht, daß in der Schuldfrage durch die derzeitige Behandlung von deutschnationaler Seite ein Fortschritt erzielt werden kann; man muß eine sachlichere und weniger von innenpolitischen Ansichten diktierte Behandlung verlangen, man muß auch verlangen, daß Journalisten den Versailler Vertrag gelesen haben, bevor sie dem Zeitungsleser etwas darüber sagen, der feinerseits zu dieser Lektüre nicht die Zeit und Gelegenheit zu finden braucht. Solange aber die deutschnationale Behandlung der Kriegsschuldfrage viel weniger eine sachliche Widerlegung der gegnerischen Vertragsformulierung als vielmehr ein Angriff auf die deutsche Republik ist, die feinerzeit mit stillschweigender Duldung deutschnationaler Kreise sich dem Ultimatum vom 16. Juni 1919 unter Protest beugte, solange wird sachlich zur Lösung der Kriegsschuldfrage nichts getan sein."

Diese Darstellung ist durchaus zutreffend. Es kann noch hinzugefügt werden, daß die Annahme des Friedensvertrages damals von deutschnationaler Seite sogar direkt unterstützt wurde. Der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten hätte in der entscheidenden Sitzung genügt, um die rechtzeitige Annahme des Ultimatums zu verhindern. Dieser Einspruch ist nicht erfolgt. Auch nicht durch den Abg. v. Graefe.

Greifswalds Demokraten melden sich.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

✱ **Greifswald**, 12. September.

Der Greifswalder Ortsverein der Demokratischen Partei hat an den preußischen Innenminister wie auch an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Eingaben gerichtet, in denen Beschwerde geführt wird über die ständige Aufreizung zu Gewalttaten durch die deutschnationale „Greifswalder Zeitung", die seit Jahren daran arbeitet, die Staatsautorität zu untergraben und die republikanische Staatsform sowie den Reichspräsidenten verächtlich zu machen. Die Beschwerden befassen sich ferner mit den skandalösen Zuständen an der pommerschen Landesuniversität und fordern eine sofortige Untersuchung und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Prorektor Prof. Wahlen, der bekanntlich den ausrührerischen rechtsradikalen Studenten öffentlich die Anerkennung der Universität ausgesprochen hat. Professor Wahlen ist völkischer Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Pommern.

Die Nein-Sager.

Der Kreisverein Wilhelmshaven-Rüstringen der Deutschnationalen Volkspartei hat den Abg. Fürst Bismarck und Harz das Mißtrauen ausgesprochen, weil sie beim Eisenbahngesetz mit Ja gestimmt haben. In einer langen Resolution wird zum Schluß gesagt:

„Wir erwarten, daß die beiden Abgeordneten, die sich durch ihre Zustimmung zu dem Londoner Abkommen von dem Geiste und dem bisherigen Kurs der DNVP. entfernt haben, die sich von selbst daraus ergebenden Folgerungen ziehen."

Es ist bis jetzt nicht eine einzige Stimme aus dem deutschnationalen Lager bekannt geworden, die erwarten läßt, daß die Deutschnationale Partei als Ganzes in absehbarer Zeit in der Lage wäre, eine Regierungspolitik, wie sie in London eingeleitet wurde, mittragen zu helfen. Was soll angesichts dieser Tatsache das Nachlaufen hinter dem Phantom eines Bürgerblocks?

Alt-Heidelberg, du feine!

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

Dr. E. **Heidelberg**, 13. September.

Am Freitag abend erlebten die Besucher des Juristentages die Beleuchtung der Schloßruine. Es war ein wirkliches Erlebnis. Die abendliche Fahrt auf dem festlich mit bunten Lämpchen beleuchteten Schiff von der Stiftsmühle den mondbeglänzten Neckar hinunter, das Aufleuchten der stolzen Trümmer des Schlosses vor der dunklen Bergwand und der alten Neckarbrücke mit ihren kühn geschwungenen Bogen, die sich im Wasser widerspiegelten, das alles gab unvergleichliche Eindrücke. Als die letzten Lichter des prächtigen Feuerwerks erloschen waren, brach die Stimmung der Gäste und der zu Tausenden am Ufer versammelten Zuschauer in den spontanen Gesang von „Alt-Heidelberg, du Feine" aus, dem ebenso selbstverständlich das „Deutschland, Deutschland über alles" folgte.

Am heutigen Morgen tagte von den Abteilungen die Öffentliche, um die Frage der Laienrichterbarkeit im Strafprozeß zu Ende zu bringen. Es stellte sich aber heraus, daß zu einer wirklich freien Aussprache die Zeit angesichts der bevorstehenden Vollversammlung nicht reichte. Da die Ansichten offenbar für eine einheitliche Beschlußfassung zu weit auseinandergingen, eine Abstimmung ohne Debatte aber unwürdig erschien, sah man davon ab, überhaupt Beschlüsse zu fassen.

Im übrigen gehörte der Vortrag der zweiten Vollversammlung, mit der die Verhandlungen satzungsgemäß schließen.

Die Abrüstungs-Kommission.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Genf**, 13. September.

Der Unterausschuß der Dritten Kommission, der sich mit der Ausarbeitung der Vorschläge zur Abrüstung und Sicherheit zu beschäftigen hat, wurde heute vormittag gewählt. Auf Vorschlag des holländischen Delegierten Loudon wurden gewählt: Lord Parmoor (England), Paul Boncour (Frankreich), Schanzer (Italien), Branting (Schweden), Benesch (Tschechoslowakei), Villegas (Chile), Kalkoff (Bulgarien), Poullet (Belgien), Titulesco (Rumänien), Matsuda (Japan), Lange (Norwegen) und Strazynski (Polen).

Der Unterausschuß tritt heute nachmittag bereits zusammen.

Der Held.

Nun ist auch Kapitän Ehrhardt unter die Selbstbiographen gefallen. In einigen Blättern der Hugenbergfabrik veröffentlicht man augenblicklich seine „Schicksale und Abenteuer", verfaßt von ***, herausgegeben vom „Sumurun"-Dichter Friedrich Freksa. Wie bei einer Revue teilen sich also mindestens drei Verfasser in die Tantiemen.

✱

Er ist einer von jenen Menschen, die in ein falsches Zeitalter hineingeboren sind. Hätte er zur Zeit des dreißigjährigen Krieges oder während der Renaissance in Italien oder während der sinkenden Kaiserzeit Roms gelebt, so wäre er vielleicht an seinem Platze gewesen. Denn er ist einer vom Schlage jener tollkühnen Gesellen, die sich um Teufel und Gott und die Welt scheren, und denen es genügt, als Führer einer Handvoll Abenteurer sich irgendwie durch die Welt zu schlagen.

Aber Ehrhardt hat das Pech, im zwanzigsten Jahrhundert zu leben. Und so entwickelte er sich aus einem tapferen Seeoffizier zu einem durch die Wirren der Zeit emporgeschleuderten Bandenführer, der sich anmaßte, die Politik seines Vaterlandes beeinflussen zu können, und der deshalb ein Hauptschuldiger wurde an all dem häßlichen und Widerwärtigen, das unserem politischen Leben seit den Tagen Ehrhardts anhaftet.

Ein Mann, der eine mit Waffen wohlausgerüstete Stoßtruppe eigens zu dem Zweck ausbildet, um die Republik davonzujagen, ein Mann, der, um sich zu retten, ruhig aufsieht, wie eine Frau für ihn einen Meineid schwört, ein Mann, der von der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats seit Jahren gesucht wird, ein Mann, wie dieser also, darf in deutschen Zeitungen, die sich stolz als „national" bezeichnen, seine „Erinnerungen" veröffentlichen.

✱

Er beginnt damit zu erzählen, daß vom Urgroßvater ab alle Ehrhardts Pastoren gewesen sind. Auch er hätte das eigentlich werden sollen, aber, so fügte er hinzu, „der liebe Gott hat mir doch zu viel Lausbubensinn gegeben". Er flog aus zwei Schulen heraus. Nun, das ist keine Schande. Das zweite Mal flog er allerdings deshalb, weil er — so aus Scherz natürlich — ein kleines Mädchen beinahe totschoß. Denn wie er sagt, liebte er schon als kleiner Junge alles, womit geschossen werden konnte, und zu einer Zeit, wo gewöhnliche Sterbliche kaum aus dem Steckkissen heraus sind, besaß er bereits eine Pistole.

Ueber seine Leistungen als Seeoffizier besteht auch bei seinen politischen Gegnern nur eine Meinung: Er war einer der Tüchtigsten. Aber während jener aufgeregten November Tage Kiels und Wilhelmshavens, was hat er da getan? Was haben da alle die vielen Offiziere getan, die heute herumgehen mit Heldenmiene und geschwellter Heldenbrust? Was haben sie getan, um die schwarz-weiß-rote Fahne zu verteidigen? Ehrhardt erzählt, es sei für ihn eine „bittere Enttäuschung" gewesen, daß die älteren Leute vor dem Phantom der Revolution „zusammenklappten". Und wo blieb Ehrhardt? Wie hat er seinen Diensteid eingelöst? Waren nicht alle die ruhmreichen Land- und Seehelden, die heute für Kaiser und König den Mund so voll nehmen, damals im Grunde nicht froh, daß ihnen die Verantwortung für den Zusammenbruch abgenommen war? Die Matrosen rissen von den Schiffen die Kriegsflagge ab. Ehrhardt erzählt, es seien „widerlich besoffene Horden" gewesen. Warum haben er und die anderen Offiziere sich nicht mit der Pistole vor die Fahne gestellt? Sich nein, Herr Ehrhardt und die anderen heiratsfähigen Lieber mit den Zähnen und begnügten sich damit, im tiefsten Herzen grimmige Gegner der Berliner provisorischen Regierung zu werden.

Im tiefsten Herzen. Denn als Herr Ehrhardt hörte, daß die Regierung Soldaten anwerbe, um den kommunistischen Terror zu bekämpfen, da ließ er sich schleunigst anwerben. Er bekam Sold, er bekam Verpflegung, er bekam Waffen. Und er bekam auch einen Verpflichtungsschein. Das Geld, die Lebensmittel, die Waffen, die Uniformen nahm Ehrhardt von der verhaßten Regierung dankbar an. Aber den Verpflichtungsschein, auf dem es hieß, daß sich der Unterzeichnete verpflichtet, der deutschen sozialistischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Gewissen als Soldat zu dienen, warf er in den Papierkorb und ließ selbstverständlich seine Leute keinen Eid schwören.

Welche Gesinnung! Damals, 1918, verletzte der Kapitän Ehrhardt seine Pflicht, von 1919 ab war er ein Hochverräter. Augenblicklich ist er mit seinen Erinnerungen bei dem Punkte angelangt, wo er von Noske nach Berlin berufen wurde und dann gegen die Kommunisten in Mitteldeutschland und Süddeutschland auszog. Er war „Regierungstruppe", aber das hinderte ihn nicht, so nebenbei den Kapp-Putsch vorzubereiten.

✱

Er wird seine Erinnerungen noch weiter fortsetzen und von all seinen Abenteuern erzählen, mit denen er jahrelang bis auf den heutigen Tag sein Vaterland in Unruhe gehalten hat. Er wird weiter auf die Republik schimpfen, und er wird damit schließen, daß die „völkischen Belange", wie er und seine Sturmtruppe sie auffassen, das einzige sind, was Deutschland retten könnte.

Er verletzte seinen Diensteid, er verriet eine Frau, er versteckt sich mit Hilfe falscher Pässe. Er wird all das „Kriegslist" nennen und es gibt Leute genug, die ihn dafür zum „Helden" machen möchten.

Kriegslist? Gegen wen. Wir haben Frieden.

Im Dreißigjährigen Krieg hat es, wie gesagt, viele solcher Helden gegeben. Aber das von diesen Helden verwüstete und verödete Deutschland haben ganz andere deutsche Menschen wieder aufgebaut und hochgebracht.

Heinz Pol.

Seißer bleibt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

jh **München**, 13. September.

Nach dem Beschluß des letzten Ministerrats kann der Fall Seißer als erledigt betrachtet werden. Polizeioberst v. Seißer wird wieder im Dienste der Landespolizei verwendet. Seine künftige Stellung soll jedoch schärfer als bisher umgrenzt werden. Bis zur Durchführung dieser Regelung hat Seißer Urlaub angetreten. Er wird durch Polizeioberst Reiß vertreten. Dieser wird sodann mit seinem Einverständnis nach Nürnberg zurückversetzt werden.

Die angekündigte Umgrenzung der künftigen Stellung Seißers wird kaum die persönliche Betätigung des energischen Mannes verhindern. Auch Kahr wird in Deutschland bleiben, wenn auch wohl an anderer Stelle. Der einzige Leidtragende ist Herr von Lossow.

Hermann Scherchen und die Frankfurter Museumsgesellschaft. Aus Frankfurt a. M. berichtet unser Vertreter: Nach einer Mitteilung der Frankfurter Museumsgesellschaft hat Hermann Scherchen seine Tätigkeit als Kapellmeister der Gesellschaft für die laufende Konzertperiode eingestellt. Diese Entschluß findet seine Erklärung in einer Veröffentlichung, in der mitgeteilt war, daß die Museumsgesellschaft ihren Vertrag mit Scherchen nicht erneuern werde und man Prof. Clemens Krauß verpflichtet habe. Diese Notiz hatte Scherchen, dem vorher keinerlei Mitteilung der Gesellschaft zugegangen war, als Ausweisung empfunden. Die Museumsgesellschaft bedauert den Rücktritt ihres hervorragenden Dirigenten. Aber es ist doch richtig, wenn der Rat für künstlerische Angelegenheiten, der sich mit dem Fall Scherchen befaßt hat, bemerkt, daß die Verpflichtung nahelege, wenn man weiter so mit Künstlern umgehe, sie unter großen Versprechungen nach Frankfurt locke und ihnen dann plötzlich den Stuhl vor die Tür setze, werde bald niemand mehr nach Frankfurt kommen. Durch Scherchens Rücktritt sind nunmehr auch die Bestrebungen der „Vereinigung für neue Musik" lahmgelegt.

Emil Ludwigs „Bismarck" vor Gericht. Zu unserer Nachricht über den Prozeß Emil Ludwigs gegen Direktor Klein wegen der Aufführung seines „Bismarck" wird uns geschrieben: „In dem Prozeß des Verlages Kiepenheuer gegen Direktor Klein ist das Teilurteil des Bühnenschiedsgerichts nicht darauf zurückzuführen, daß etwa die Weigerung der Aufführung durch Direktor Klein berechtigt, oder daß seine Berufung auf die Nichtigkeit des Vertrages zutreffend sei. Bei der Verkündung des Teilurteils begründete das Schiedsgericht die Abweisung eines Teiles der Klage ausdrücklich damit, daß diese nicht auf die Einreden des Direktors Klein, sondern auf die Unsittlichkeit einer Vertragsbedingung zurückzuführen sei, die Direktor Klein zu seinen Gunsten hat aufnehmen lassen. Dieser Gesichtspunkt wird bei der Fortsetzung des Prozesses, in dem neuer Termin bereits am 1. Oktober d. J. ansteht, noch eine große Rolle spielen.

Ein völkisches Tendenzstück. Wie uns aus München gemeldet wird, wurde vor einigen Tagen im Steinickeal ein Drama „Blutsünde" von Ernst Ludwig Beck zum ersten Male aufgeführt: es war von den völkischen Presse schon von vornherein als historisches Ereignis bezeichnet worden, da es die Alleinherrschaft der Juden in der Welt der Bühne breche. In Wirklichkeit erwies es sich als dürftiges Tendenzstück ohne jede dichterische Bedeutung. Die Blätter, mit Ausnahme der völkischen, hatten keinerlei Notiz davon genommen. Nunmehr ist eine zweite Darstellung des Stückes für die Großdeutsche Volksgemeinschaft der Herren Esser und Streicher von der Polizeibehörde verboten worden.

Kunstfreundinnen. Man erzählt uns: Kürzlich saß ich in einer Aufführung von „Uriel Acosta" im Wallner-Theater. Hinter mir saßen zwei junge Damen, die sich unausgesetzt eifrig unterhielten. „Weißt du, Else," sagte plötzlich die eine zur anderen, „es ist eigentlich das erste Mal, daß ich ein Stück sehe, das in jüdischen Kreisen spielt — außer die „Sieben Frankfurter" ..."

Musik. Das erste Konzert des Beethoven-Zyklus mit dem Philharmonischen Orchester, Dirigent Georg Schnevoigt, findet am Donnerstag, dem 18. Sept., 7.30 Uhr, statt. Solistin: Melanie Kurt. Programm: 1. und 2. Sinfonie (Eroica), „Fidelio"-Arie. Oeffentliche Hauptprobe Mittwoch, den 17. Sept., 7.30 Uhr.

Alice Bredow gibt am 17. September, abends 8 Uhr, im Bechstein-Saal einen Liederabend.

Im Beethoven-Saal findet Sonntag, den 21. Sept., 8 Uhr, das Abschiedskonzert der Kammersängerin Maria Schneider-Plaut unter Mitwirkung von Josef Plaut statt. Am Flügel: Hans Zandet. (Arien aus „Alda", „Freischütz", „Oberon", „Rosen-

Die Preisabbau-Aktion.

Was tut die Wirtschaft?

Nachdem durch die Einleitung der Durchführung des Dawes-Planes und die Vorbereitung für die Auflegung der deutschen Anleihe die außenpolitischen Voraussetzungen für eine beginnende Wiederaufbauarbeit in Deutschland gegeben zu sein scheinen, hat die Reichsregierung erfreulicherweise mit einer Aktion eingesetzt. Das aus zahlreichen Einzelmaßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsfinanzministeriums, der Reichsbank und der Verkehrsbehörden zusammengesetzte Programm, in dem zugleich ein Appell an die privaten Wirtschaftskreise gerichtet wird, stellt sich als eine folgerichtige Fortsetzung der Maßnahmen dar, die seit dem April d. J. auf die Wiederherstellung gesunder Verhältnisse am Geld- und Kapitalmarkt, auf die Durchführung des Preisabbaues auf eine gesundes Maß und auf die Wiedergesundung der Industrie gerichtet sind. Die Kreditrestriktionspolitik der Reichsbank im Zusammenhang mit den zahlreichen Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß jetzt eine allgemeine Aktion erfolgen kann, die wesentliche Erleichterungen enthält. Wie weit die Wirkungen dieser Regierungsmaßnahmen gehen werden, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Zweifellos ist es, daß sie samt und sonders von der Wirtschaft lebhaft begrüßt werden, die schwer genug unter dem Druck der ihr auferlegten Lasten zu leiden hatte.

Man muß bei diesem Programm, das bereits in einem Teil unserer heutigen Morgenausgabe mitgeteilt wurde, zwischen den Maßnahmen unterscheiden, die Erleichterungen für die Wirtschaft direkt bringe, wie z. B. die Maßnahmen, die die Reichsbank ankündigt, oder die Steuerermäßigungen, und den Maßnahmen, die ankündigen, daß auch die Staatsbetriebe sich nicht länger gegen den Preisabbau sträuben werden und die einen weitergehenden Druck der Zentralstellen auf die halböffentlichen Wirtschaftsorganisationen zur Durchführung des Preisabbaus in Aussicht stellen.

Zu den Erleichterungen, die der Wirtschaft gegeben werden sollen, gehören insbesondere die Steuerermäßigungen. Die Regierung kündigt Aenderungen der Sätze der Umsatzsteuer und der Kapitalverkehrssteuern an, die mit der Kapitalbeschaffung für die Wirtschaft im Zusammenhang stehen. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab soll der Satz der Umsatzsteuer von 2½ v. H. auf 2 v. H. herabgesetzt werden, die erst im Zusammenhang mit der Einführung von Getreidezöllen erfolgen sollte.

Von ähnlicher Bedeutung wie die Herabsetzung der Umsatzsteuer, ist die Frage einer Minderung der die Kapitalbeschaffung belastenden Steuern auf ein für eine stabile Wirtschaft tragbares Maß. Die durch den Uebergang auf die Goldrechnung und zur Neuaufführung von Kapital erforderlichen Umwandlungen können nur dann vorgenommen werden, wenn die Sätze auf dem Gebiete der Gesellschaftssteuer und der Wertpapiersteuer gesenkt werden. Auch insoweit werden die Senkungen zum 1. Oktober 1924 eintreten. Die steuerlichen Maßnahmen erfolgen angesichts der Dringlichkeit durch Verordnung des Reichspräsidenten.

Die Aktion der Reichsbank.

Von besonderer Bedeutung für die Möglichkeit, die normalen Verhältnisse am Geld- und Kapitalmarkt wieder herzustellen, ist die Aktion, die die Reichsbank ankündigt. Es haben über diese Frage in den letzten Tagen und Wochen, wie wir in der „Vossischen Zeitung" berichteten, mehrfach Verhandlungen, insbesondere mit den führenden Bankenorganisationen, stattgefunden. Diese Verhandlungen dauern nach unseren Informationen noch an. Jedenfalls aber dürfte zu erwarten sein, daß die Erleichterungen, die die Reichsbank den Banken und der Wirtschaft zu bieten gewillt ist, ausreichen werden, um auch die Banken im Bereich ihrer Möglichkeit zur Rücksichtnahme auf die veränderten Bedingungen zu veranlassen und zur Erleichterung der Wiederherstellung eines normalen Geld- und Kreditumlaufs beizutragen. Die Reichsbank kündigt an, daß sie das seit dem 7. April bestehende Diskontierungs-Gesamtkontingent für die Zwecke der Produktionssteigerung zunächst um 10 v. H. erhöht.

Für reine Warenwechsel wird ferner die zulässige Laufzeit wieder auf drei Monate ausgedehnt, während die Reichsbank bisher daran festgehalten hat, daß diese Frist über 6—8 Wochen nicht hinausgehen solle. Außerdem erklärt sich die Reichsbank bereit, vorbehaltlich der vorzunehmenden Spezialprüfung in Zukunft wieder Bankakzepte zu diskontieren.

Es wird ferner angekündigt, daß im Bankverkehr Erleichterungen dadurch stattfinden sollen, daß eine Anzahl aus der Zeit der Zwangswirtschaft stammender unproduktiver Arbeiten beseitigt wird, insbesondere wird der Fortfall der Devisenvorschriften angekündigt.

Das Preisabbauprogramm umfaßt ferner Frachten und die Kohlenpreise. Hier wird bestimmt, daß vom 18. September ab die derzeitigen Frachten der Normalklassen des Gütertarifs, die Sätze des Tiertarifs und die Frachten des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs um 10 v. H. ermäßigt werden, letztere jedoch nicht unter die Vorkriegssätze. Ferner wird der Gewichtszuschlag für die Beförderung in gedeckten Wagen von 10 v. H. auf 5 v. H. herabgesetzt. Wegen der übrigen Ausnahmetarife erfolgt noch eine besondere Bekanntmachung. Bei den Kohlenpreisen tritt folgende Ermäßigung ein: ab 18. September für die schlesischen Steinkohlenreviere Oberschlesien, Niederschlesien eine Ermäßigung, die gegenüber den vom Reichskohlenverband veröffentlichten Preisen im Durchschnitt etwa 10 v. H. beträgt. Für das Ruhrrevier wird, sobald die Frage der Syndikatserneuerung Mitte dieses Monats geklärt ist, über eine alsbald eintretende Preisermäßigung Beschluß gefaßt werden, die voraussichtlich mindestens 10 v. H. betragen wird.

Die Braunkohlensyndikate haben ihre Preise vor kurzem (ab 1. Juli um 20 v. H.) bereits in entsprechendem Umfange ermäßigt, so daß für sie eine Preisänderung nicht in Frage kommt. Daß bei den Ruhrkohlenpreisen erst die Klärung in der Syndikatsfrage abgewartet werden soll, ist selbstverständlich, da ja eine Preisänderung im Augenblick die Neubildung der Syndikate nur beeinträchtigen, wenn nicht unmöglich machen würde. Die Lage ist hier so die, daß das neue Syndikat sich sofort über eine Preisherabsetzung schlüssig werden muß. Kommt aber die Syndikatsbildung nicht zustande, so hätten die Zechen vom 15. September das Recht, ihre Produktion für Lieferungen über den 1. Oktober hinaus freihändig zu verkaufen, und zwangsläufig würden sozusagen „Kampfpreise" durch gegenseitige Unterbietungen eintreten, die in der Praxis nichts anderes als eine allerdings ungleichmäßige Preisherabsetzung bedeuten würden.

Besonders zu begrüßen ist, daß beide Maßnahmen, sowohl die Kohlenpreis- als auch die Frachtenverbilligung, zu gleicher Zeit erfolgen, dadurch also ihre Wirkung wesentlich verstärkt wird, um so mehr, als Hand in Hand hiermit auch die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 v. H. geht. Die Herabsetzung der Gütertarife ist jetzt für das Reich natürlich tragbar, nachdem die Wiedervereinigung der Rhein- und Ruhreisenbahnen unmittelbar bevorsteht und damit wieder ein wirtschaftlicher Betrieb der Eisenbahnen gewährleistet ist. Bedauerlich ist nur, daß die Ermäßigung der Gütertarife erst am 18. September eintritt, da auf diese Weise der Frachtverkehr voraussichtlich mehrere Tage brach liegen wird; denn die meisten Abnehmer werden schleunigst nach ihre Orders zurückrücken, da sie innerhalb von wenigen Tagen ja erheblich billiger beziehen können.

Sowohl an den amtlichen Stellen als auch in Wirtschaftskreisen verspricht man sich von dem Preisabbau günstige Einrichtungen. Der bislang sehr schlechte Absatz wird sicherlich eine Belebung erfahren, der Güterverkehr wird sich hierdurch steigern, ein erweiterter Absatzkreis ist gegeben, die stärkere Ausnutzung der Betriebe wieder möglich, und die Folge müssen Senkung der fixen bzw. der Selbstkosten sein.

Freilich muß dem Abbau der Umsatzsteuer in vollem Umfang Rechnung getragen werden.

Der Ruhrkohlenbergbau, dessen Lage ja besonders ungünstig war, kann nun wieder zuversichtlicher in die Zukunft sehen; steht doch zu hoffen, daß er sich nicht mehr wie bisher fast ausschließlich auf Reparationskostenlieferungen und auf verhältnismäßig geringfügige Lieferungen für Gas- und Elektrizitätswerke und den Hausbrand wird beschränken müssen. Sicherlich werden doch unmittelbar von der Kohlenpreisermäßigung betroffen: Zement, alle Baustoffe und vor allem Eisen; hier wird aber auch ein besserer Verkehr bestimmt einsetzen.

Durch die Frachtermäßigung wird die Ruhrkohle hoffentlich doch wieder gegenüber dem Ausland vollkommen konkurrenzfähig werden, während sie zuletzt bereits an der deutschen Küste, in Holland und sogar in den an das Ruhrgebiet angrenzenden Gebieten teilweise verdrängt war. Die englische Kohle war rheinaufwärts stark vorgedrungen, und die oberschlesische Kohle, die früher nur bis zur Linie Berlin—Chemnitz ihr Absatzgebiet hatte, findet man heute stegreich bis Bitterfeld, und in Süddeutschland bis Mannheim. Außerdem hat vielerorts, wo früher die Steinkohle ausschließlich geherrscht hatte, die Braunkohle ihren Einzug gehalten und sich auch behauptet.

Für Oberschlesien, dessen Montanindustrie ganz darniederlag, wird in Kohlen- und Frachtermäßigung eine große Erleichterung bedeuten; denn die deutschen Bahnen bilden nicht nur angesichts der Unzulänglichkeit des Wasserwegs die wichtigste Abfuhrstraße für die oberschlesischen Montanprodukte, sondern sind auch im Gegensatz zu den polnischen als Zufuhrweg unentbehrlich.

Die Aussichten.

Welche Wirkung die Verbilligungsaktion der Regierung haben wird, wird vor allem davon abhängen, wie weit die Privatwirtschaft Gefolgschaft leistet und wie weit im gegebenen Falle auch ein Druck auf die Privatwirtschaft ausgeübt werden kann. Es wird vor allem auf die Stellungnahme der Verbände ankommen, von denen man fordern muß, daß sie ihrerseits bestrebt sind, den Erleichterungen, die die Reichsregierung gewährt, die volle Auswirkung zu verschaffen und nicht durch einen Mißbrauch der Verbandsmacht an den bisher vielfach zu hohen Preisen festzuhalten.

An den Warenmärkten, soweit sie börsenmäßige Funktionen erfüllen, dürften sich insbesondere die Wirkungen der Frachtermäßigung bald zeigen. An der heutigen Berliner Produktenbörse war davon, wie an anderer Stelle berichtet, noch relativ wenig zu spüren. Immerhin rechnet man mit einer entsprechenden Ermäßigung der Getreidepreise, wobei vor allemauch die Ermäßigung der Zuschlagsgebühr für gedeckte Wagen von größter Bedeutung ist. Von wesentlichem Einfluß auf die Wirkung der Frachtermäßigung wird es sei, wenn entsprechend den Bahnfrachten auch die Wasserfrachten billiger werden. Im allgemeinen sind die Flußfrachten und Schlepplöhne den Eisenbahntarifen prompt gefolgt, und heute ist dies umso eher möglich, als durch die Ermäßigung der Kohlenpreise dem Schleppverkehr noch anderweitige Erleichterungen geboten werden.

Den Verbilligungsmaßnahmen der Post steht man jedoch vorläufig noch recht skeptisch gegenüber. Gewiß sind von den breiten Publikumskreisen die Gebühren für Postanweisungen und dergl. unangenehm empfunden worden. Für die wirtschaftliche Preisbildung kommen aber vor allem nebe den Eisenbahnfrachten die Gebühren für Fernsprech- und Telegraphenverkehr in Frage, die noch immer auf einer außerordentlichen Höhe gehalten werden.

Schwarz-rot-gold in Dortmund.

Am Dienstag, dem 16. September, findet in Dortmund die Gründungsversammlung einer Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Es beteiligen sich, wie auch anderen Orts, die Demokratische Partei, das Zentrum und die Sozialdemokraten.

Die Grundgedanken der Schulreform.

Schluß der Verhandlungen im Hauptausschuß

Die Debatte über die Schulen ging gestern im Hauptausschuß mit den Beschlußfassungen über die Anträge der Parteien zu Ende. Man kann sagen, daß die Grundgedanken der Schulreform trotz mancher Widerstandes gerettet sind. Selbstverständlich wird erst die Vollversammlung über das endgültige Schicksal der Reform entscheiden.

In der Frage der Philosophiestunden wurde der Zentrumsantrag, ihre Aufnahme in den Lehrplan einstweilen zurückzustellen, abgelehnt. Man wird sie aber voraussichtlich doch fallen lassen und nur die philosophischen Arbeitsgemeinschaften beibehalten, ohne deshalb die philosophische Gesamteinstellung des Unterrichts abzuschaffen. Auch der Zentrumsantrag auf Konfessionalisierung der höheren Schulen wurde abgelehnt. In bezug auf die Methematik wurde kein Antrag gestellt, da der Minister erklärt hatte, er werde versuchen, für ihn Lehrplan wieder erhöhte Geltung zu verschaffen.

Die Frage des Reformunterbaues wurde von beiden Seiten angeschnitten: Die Deutschnationalen forderten einen Unterbau mit Latein, die Sozialdemokraten einen solchen mit einer modernen Fremdsprache. Beide Anträge wurden abgelehnt; es bleibt also einstweilen dabei, daß Gymnasium und Realgymnasium einen Latein-Unterbau, die übrigen Typen einen Unterbau mit einer modernen Fremdsprache erhalten.

Eine Reform der Reifeprüfung als notwendige Folge der Gesamtschulreform hat der Minister für 1926 zugesagt. Sehr freigiebig war der Ausschuß mit Vermehrung der Stunden; da diese Anträge aber einem Unterausschuß zugewiesen werden, der sie auf ihre finanzielle Durchführbarkeit prüfen muß, so wird voraussichtlich aus allem nichts werden.

In der Frage der Lehrerbildung wurde ein Zentrumsantrag — so ziemlich der einzige dieser Partei, dem zugestimmt wurde — angenommen: Es sollen so viel konfessionelle pädagogische Akademien errichtet werden, als für den konfessionellen Lehrernachwuchs nötig sind.

Endlich soll, wenn das Reich nicht eine Grundsatz-Gesetzgebung für die Schulreform in die Wege leitet, Preußen Vereinbarungen mit den übrigen deutschen Ländern schließen, damit die Schulreform auf diesem Wege einheitlich gestaltet wird.

Nicht Dollar oder Pfund.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

Paris, 13. September.

Man meldet der „Information" aus Washington, daß Staatssekretär Mellon die Meinung geäußert habe, es sei **besser, die Dawes-Anleihe in der Währung jedes einzelnen Landes, das sie zeichnen will, auszugeben.** Damit würde vermieden, daß der Dollar und das Pfund als Basis genommen würden. Mellon glaubt weiter, daß die Bankers noch nicht offiziell über den Zinsfuß und dessen Höhe befragt worden seien.

Französische Flottenmanöver.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

Paris, 12. September.

Ministerpräsident Herriot wird in Begleitung des Marineministers Montag abend nach Toulon abreisen, um an den großen Flottenmanövern im Mittelländischen Meer teilzunehmen. Er wird sich am Dienstag früh an Bord des Panzerkreuzers „Provence" einschiffen und spätestens Mittwoch nacht nach Toulon zurückkehren.

Holländisch-Indien gegen eine deutsche Konzession

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

fh **Haag**, 12. September.

Der Herzog von Mecklenburg-Schwerin, ein Bruder des holländischen Prinzgemahls, hatte sich an die Regierung von Niederländisch-Indien gewandt, ihm die Erlaubnis für die Errichtung einer deutschen Pflanzer-Kolonie auf Neu-Guinea zu erteilen. Zur Führung der Verhandlungen war als Vertreter des Herzogs ein Bruder des vor kurzem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Helfferich nach Batavia gereist. Heute trifft die Nachricht ein, daß die Regierung von Niederländisch-Indien Herrn Helfferich endgültig mitgeteilt hat, daß die Konzession für eine Pflanzer-Anlage auf Neu-Guinea nicht erteilt werden könne.

Wahabitenüberfall auf Taif.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

str. **London**, 13. September.

Der Ueberfall der Wahabiten auf die Stadt Taif, etwa 100 Kilometer südöstlich von Mekka, hat zu einem Telegramm der Bevölkerung Mekkas an die „Times" Veranlassung gegeben, in dem mitgeteilt wird, daß die Wahabiten die ganze Bevölkerung der überfallenen Stadt, Männer, Frauen und Kinder, ausgerottet haben. Es wird gebeten, den Völkerbund zur Verhinderung weiterer Grausamkeiten anzurufen.

Zwischen den Wahabiten und den Hashimiten, die unter Kalif Hussein stehen und englische Unterstützung genießen, besteht seit langem eine erbitterte Fehde.

Religionskampf in Indien.

Funkmeldung der „Vossischen Zeitung".

London, 11. September.

In Allahabad sind schwere Straßenkämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern ausgebrochen. 15 Personen wurden getötet, das Hinduviertel ist vollständig niedergebrannt. Die Polizei hat die Ruhe wiederhergestellt. Auch in der an der Nordwestgrenze gelegenen Stadt Kohat kam es, wie aus Simla gemeldet wird, zu Unruhen.

In beiden Fällen liegen Rachakte der Mohammedaner vor, wegen einer Schmähschrift, in der die Hindus die heiligen Stätten der Mohammedaner verpotteten.

(Hierzu eine Beilage)

Verlag und Druck: Ullstein A. G. Berlin

Der Städtebund an den Reichspräsidenten.

Begrüßungstelegramm an den Reichskanzler

Bad Harzburg, 12. September.

Der Reichsstädtebund sandte an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler von seiner Tagung Begrüßungstelegramme. Das Telegramm an den Reichspräsidenten lautet wie folgt:

„Die auf der Reichsstädtebund-Tagung in Harzburg am 12. und 13. September versammelten Vertreter der deutschen kleinen und mittleren Städte begrüßen den Herrn Reichspräsidenten als den berufenen Vertreter des deutschen Volkes und sprechen gleichzeitig die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die mit dem Ausland getroffenen Londoner Vereinbarungen zum Wohl des Vaterlandes ausschlagen mögen. Der starke Wille zum tätigen Wiederaufbau des Vaterlandes bis in die kleinsten deutschen Gemeinden hinein wird über die großen Schwierigkeiten des neuen Aufstieges hinwegheilfen und namentlich dann wirksam sein, wenn die deutschen Städte durch reßlose Anerkennung und Erweiterung ihrer Selbstverwaltungsrechte die stärkste Quelle jeder Entschluß- und Gestaltungsfreudigkeit erhalten und gefördert werden."

Das Telegramm an den Reichskanzler lautet:

„Die in Harzburg versammelten Vertreter der kleinen und mittleren deutschen Städte übersenden Ihnen, Herr Reichskanzler, als dem Führer der Reichsgeschäfte ergebensten Gruß und sprechen gleichzeitig ihren Dank aus für die dem deutschen Volke in den letzten schweren Zeiten ausländer Unguwissheit gewidmete aufopfernde Arbeit und die eingeleitete Londoner Verständigung. Ein starker Wille, die so geschaffenen Vorbedingungen für einen neuen Aufstieg zu bewahren, treue Mithilfe und die in einer wiedererstarkten und neu aufzubauenden Selbstverwaltung liegende Kraftquelle der deutschen Städte werden die vor uns liegenden großen Schwierigkeiten überwinden helfen."

Millionenbetrüger bei der Post.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

b **Genf**, 13. September.

Wie die Agentur „Res publica" meldet, sind in der schweizerischen und italienischen Postverwaltung ungeheure Betrügereien mittels gefälschter Postschecks vorgekommen. Binnen zwei Monaten sollen bereits 40 gefälschte Postschecks von einem Berner Postamt nach italienischen Städten, besonders nach Genua, Mailand, Florenz, Turin und Modena, gegangen sein, die so geschickt mit gefälschten Schweizer Stempeln versehen waren, daß sie in Italien größtenteils anstandslos ausgezahlt wurden. Eine Anzahl der Schecks konnte photographiert werden, und man hat sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet, ob die Stempel im Gebiete der Eidgenossenschaft hergestellt sind. Die schweizerische und die italienische Postverwaltung sollen beträchtlichen Schaden erleiden, über dessen Höhe indessen noch nichts bekannt ist.

Der Mord in der Grolmanstraße vor der Aufklärung. Der Verdacht der Beteiligung an der Ermordung des Tischlers Max Müller hat sich gegen die fünf vom Untersuchungsrichter nunmehr in Haft genommenen Personen Wardanowski, Trenkwald, Ebel, Lug und Ott so weit verdichtet, daß ihre Ueberführung nur noch eine Frage ganz kurzer Zeit ist. Bei ihrer Vernehmung haben sich die Verhafteten betartig in Widersprüche verwickelt, daß sie bereits Teilgeständnisse abgelegt haben. Die Lokaltermine haben ferner einwandfrei ergeben, daß ein schwerer nächtlicher Kampf zwischen den Beteiligten stattgefunden und daß Müller mehrfach um Hilfe gerufen hat. Im Laufe des Kampfes sind von den Tätern in dem allgemeinen Durcheinander Namen ausgerufen worden, die in Verbindung mit den Zeugenaussagen die Sachlage mehr und mehr aufklären. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der ursprüngliche Zusammenhang zwischen den Mördern und dem Mord in den Kreisen des sogenannten Sportvereins „Libelle" zu suchen ist, der in einer Gastwirtschaft in der Grolmannstraße 15 tagte. Die Ermittlungen der letzten Tage haben den Verdacht aufkommen lassen, daß noch ein oder zwei bisher unbekannte Männer an der Tat beteiligt sind. Die Polizei forscht zurzeit nach einem Mann, der unter dem Namen „Matrosenpaul" in Verbrecherkreisen bekannt ist.

Umbenennung von Bahnhöfen der Hoch- und Untergrundbahn. Nach den Erfahrungen bei dem gemeinschaftlichen Betriebe der Stammstrecken der Hochbahngesellschaft und der städtischen Nord-Süd-Bahn hat sich, um Unklarheiten zu vermeiden, die Umbenennung einiger Bahnhöfe als wünschenswert erwiesen. Die beiden jetzt „Leipziger Straße" benannten Bahnhöfe in der Mohrenstraße und an der Kreuzung der Friedrichstraße und der Leipziger Straße, die zu Umsteigezwecken durch einen Gang verbunden sind, erhalten beide den Namen „Friedrichstadt"; zur Unterscheidung führt der Bahnhof in der Mohrenstraße den Zusatz „Mohrenstraße", der Bahnhof der Nord-Süd-Bahn den Zusatz „Leipziger Straße". Ferner wird die jetzige Haltestelle „Bahnhof Friedrichstraße" am Stadtbahnhof gleichen Namens zur Vermeidung von Verwechselungen umbenannt in „Stadtbahn" (Friedrichstraße). Außerdem wird auf Wunsch der städtischen Verkehrsdeputation die jetzige Hochbahnhaltestelle „Stralauer Tor" fortan „Schlesischer Tor" benannt. — Die neuen Bezeichnungen gelten vom Montag, den 15. d. M., ab. — Die Linie 98 der Straßenbahn Reukölln—Anhalter Bahnhof verkehrt von Sonntag, 14. d. M., ab wieder in Schleifenfahrt über Zimmer-, Prinz-Albrecht-, Königgrätzer Straße, Anhalter Bahnhof, Anhalt-, Wilhelm- und Kochstraße.

Ein englisches Tänzerpaar verunglückt. Gestern abend glitt im Film-Palast in Spandau während der Vorstellung das englische Tänzerpaar Harry Russell und Ethel Durbin beim Wirbeltanz auf einer Metallplatte aus, verlor das Gleichgewicht und flog kopüber in das Orchester. Während Russell sich bald erhobe, trug Fräulein Durbin innere Verletzungen davon und wurde von der Feuerwehr nach dem Städtischen Krankenhaus in Spandau gebracht.

Der österreichische Streik. Die Bewegung in der österreichischen Metallindustrie greift nunmehr auch auf die steirischen Kohlenbergwerke über. Auch dort hat die Arbeiterschaft eine 50-prozentige Lohnerhöhung gefordert, die von den Unternehmern abgelehnt wurde, wobei auch eine Verlängerung der Arbeitszeit bei einigen Werken den Arbeitern zur Ausgleichsbedingung gemacht wurde.

Totschläger, Schustermesser und Revolver. Eine blutige Totschlagtat spielte sich gestern im Treppenflur des Hauses Kloedenstraße 3 ab. Der Händler Eduard Otto und der Arbeiter Paul Hennig, die schon seit längerer Zeit in Feindschaft lebten, geraten gestern abend wieder einmal in Streitigkeiten, in deren Verlauf Otto ein Schustermesser zog, auf Hennig einstach und ihn mit einem Totschläger derart mißhandelte, daß er bewußtlos zusammenbrach. Hennig wurde ins Urbankrankenhaus mit schweren Verletzungen eingeliefert, Otto verhaftet. — Gestern abend wurde vor dem Hause Andreasstraße 32 der 21jährige Brunnenbauer Fritz Pommering aus der Görlitzer Straße 70 von einem unbekannten Mann angeschossen und um Fluß verletzt. Nachforschungen nach dem Revolverschützen waren ohne Ergebnis. Die Kriminalpolizei hat sich der Sache angenommen, da es sich um Raubes handelt.

Kohlenpreis und Arbeitszeit.

Drahtmeldung.

Saarbrücken, 13. September.

Das Röchling-Eisen- und Stahlwerk und das Edelstahlwerk Röchling in Völklingen haben ihren Belegschaften bekanntgegeben, daß sie jetzt tatsächlich zur Einstellung des Betriebes gezwungen seien, da die Bemühungen, eine Ermäßigung des Kohlenpreises zu erwirken, ohne Erfolg geblieben seien. Die Löhne für eine Tonne Eisen seien heute um 82,5 v. H. gestiegen, die Kosten für eine Tonne Kokskohle um 54 v. H. und die Kosten für die Tonne Fettflückkohle um 60 v. H. Dagegen sei der Eisenpreis gegenüber der Vorkriegszeit nur um 20 v. H. gestiegen. Eine Aufrechterhaltung des Betriebes sei zur Zeit nur unter folgenden Bedingungen möglich: die achtstündige Arbeitszeit bleibt bestehen für die Feuerarbeiter, allerdings müßte man hier einen Lohnabbau um 15 v. H. in Kauf nehmen, auch seien Ueberstunden nach den Erfordernissen des Betriebes zu leisten. An allen anderen Stellen müßte man sich entweder mit einem Lohnabbau von 25 v. H. oder mit einer Mehrleistung von zwei Ueberstunden über die Achtstundenschicht hinaus einverstanden erklären. Die Gesamtsumme für die sozialen Zulagen, die neu zu regeln seien, müßte um 25 v. H. gekürzt werden.

In ihrer Bekanntgabe sprechen die Werke die Hoffnung aus, daß die französische Grubenverwaltung sich nicht dauernd den wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Saargebiet verschließe, und daß in Kürze auch der erforderliche Preisabbau für Kohle eintrete, denn es erscheine auf die Dauer ungeheuerlich, daß die Bergwerke operativ in diesem Jahre monatlich einen Reingewinn von Millionen Franken einheimse, der ihr nachgeredet werden könnte, während die Großeisenindustrie an der Saar monatlich mit Millionen Franken Verlust arbeiten müsse.

Drei Eisenbahnunfälle. Im Hauptbahnhof von Mainz fuhr eine rangierende Lokomotive einem Güterzug in die Flanke und warf einen Wagen um, auf den gerade französische Soldaten ein Automobil zu verladen im Begriff waren. Dabei wurden drei Soldaten getötet und einer wurde schwer verletzt. — Bei der Einfahrt in den Bahnhof Triberg entgleiste wahrscheinlich infolge eines Maschinenbefehls die Lokomotive eines Güterzuges. Sie sprang aus dem Gleis und fuhr sich fest. Dadurch wurden die drei nachfolgenden Wagen ineinandergeschoben und zertrümmert. Außer dem Zugführer und dem Schaffner, die leichte Verletzungen davongetragen, sind Personen glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Dagegen ist der Sachschaden sehr erheblich. — Bei Böhmisch-Leipa stieß der von Bakov kommende Eilgüterzug mit einem rangierenden Zuge zusammen. Die Lokomotiven schoben sich beim Anprall ineinander. Dreizehn Wagen des Güterzuges wurden teilweise ineinandergeschachtelt, teilweise türmten sie sich aufeinander. Der Zugführer Hammerschlag wurde aus dem Gepäckwagen geschleudert und war sofort tot. Dem Schaffner Zima wurde der Brustkorb eingedrückt. Auch er war auf der Stelle tot. Der Lokomotivführer des Güterzuges, der erst vor einigen Tagen auf eigenen Wunsch von Budweis nach Böhmisch-Leipa versetzt worden war, kam mit leichteren Verletzungen davon. Die Aufräumungsarbeiten sind im Gange. Der Verkehr auf der Strecke Prag—Georgswalde—Ebersbach wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Das Radiumgeschäft der Brüder Mackensen. Vor dem Schöffengericht Mitte wurde heute gegen den Kaufmann Julius Mackensen verhandelt, der gemeinsam mit seinem Zwillingsbruder Willi Mackensen ein abenteuerliches Radiumgeschäft gemacht haben soll, bei dem mehrere Personen erheblich geschädigt worden sind. Heute hatte sich nur der eine Bruder, Julius, zu verantworten, da der andere flüchtig ist. Zur Last gelegt wird den beiden Brüdern, daß sie auf raffinierte Weise ein betrügerisches Radiumgeschäft getätigt haben sollen. Hierbei spielt auch ein gefälschtes Attest der physikalisch-technischen Reichsanstalt eine Rolle, durch das bestätigt wurde, daß die von den Brüdern Mackensen verkaufte Substanz tatsächlich Radium sei. In Wirklichkeit soll es völlig wertloser Stoff gewesen sein. Angeblich durch ein Mißgeschick fiel dem einen Bruder die Glasröhre mit dem sogenannten Radium auf den Fußboden, so daß der kostbare Stoff verloren und die Geldgeber gepellt waren. Mackensen, der wegen verschiedener Delikte vorbestraft ist, behauptet, daß es sich um ein Mißgeschick gehandelt habe. Die beiden Brüder haben sich als Großneffen des Generalfeldmarschalls ausgegeben. Auch bei der heutigen Verhandlung blieb der Angeklagte dabei, tatsächlich mit diesem verwandt zu sein.

A. D. A. C. Reichsfahrt.

Die Schwierigkeit der Fahrt des dritten Tages, welche 516 Kilometer, die längste Etappe war, bestand in dem unglaublich schlechten Zustande der zu befahrenden Straßen. Die Strecke war nur zur Hälfte leidlich; der Rest war derartig, daß er für 50 Prozent der Teilnehmer die verlangte Mindestgeschwindigkeit einfach nicht zuließ. Es gab Stellen, deren Verfassung jeder Beschreibung spottet. Loch reihte sich an Loch, als ob ein Trommelfeuer auf der Straße gelegen hätte. Besonders schlimm war es zwischen Güstrow und Lübeck und vor Kiel. Der Versuch, trotzdem das Tempo zu halten, endete bei manchem Motorradfahrer mit dem Bruch des Rahmens oder der Feder, und auch bei den Wagen mußte manche Feder daran glauben. Die Hälfte aller Konkurrenten dürfte heute mit Strafpunkten belegt worden und ausgeschieden sein. Sehr stark wurden bei dieser Fahrt die Reifen mitgenommen, und fast alle Fahrer mußten Reifen wechseln. Den Rekord stellte wohl Otto Mette-Bielefeld auf, der an seinem Dürkopp neunmal Reifen wechselte. Trotzdem gelang es ihm, seine Durchschnittsgeschwindigkeit innezuhalten; noch 8 Minuten vor seiner Zeit traf er am Ziele in Hamburg ein.

Die Wagen und Motorräder hatten den Weg Stettin—Neubrandenburg — Güstrow — Wismar — Lübeck — Kiel — Hamburg zurückzulegen. Die Kleinkrafträder fuhren von Neubrandenburg über Malchow und Schwerin nach Lübeck und von da direkt nach Hamburg. In Neubrandenburg fand ein Flachrennen über 5 Kilometer statt. In der Flachprüfung des Vortages bei Kriesch fuhr die beste Zeit aller Räder sowie des Tages Brudes-Nürnberg (Wittoria) 3:24⅗, die beste Zeit aller Wagen Caracciola-Dresden (Mercedes mit Kompressor) 3:24⅗. Die Länge der Rennstrecke betrug 6 Kilometer. Sie wies nur an einer Stelle eine Kurve auf und verlief im übrigen völlig eben und gerade.

Sonntagssport in Berlin.

Pferdesport: 2.30 Uhr: Grunewald: Deutsches St. Leger.
Radsport: 7 Uhr früh: Reinickendorf (Graf-Roedern-Allee): Meisterschaft im Mannschaftsfahren der D. R. U. (Berlin—Brandenburg—Berlin). Anfunft ca. 10 Uhr. — 2 Uhr: Weißensee (Motor, ehem. Trabrbahn): Zeitungsfahrer-Rennen. — 3 Uhr: Olympiabahn (Königsdamm): Dauerfahrer-Kampf Deutschland gegen Ausland.
Segeln: 9.30 Uhr: Tegeler See: Herbstwoche des Deutschen Seglerbundes. — 11 Uhr: Müggelsee: Herbstwoche des Deutschen Segler-Verbandes.
Athletik: 10 Uhr: Bauschulweg (B.-T.-Platz): Jugendsportfest der Berliner Turnerschaft. — 10 Uhr: Cicerostraße (B.-S.-C.-Platz): 11. Staffellauf „Rund um Berlin". — 2.30 Uhr: Diedenberg (Stadion): Jubiläumssportfest des Berliner Jugendbundes.
Motorsport: 10 und 1 Uhr: Templiner See: Herbstwettfahrten des Motor-Boot-Verbandes.
Fußball: 4 Uhr: Vereinsplätze: Verbands- und Gesellschaftsspiele des B. B. B.
Hockey: 4 Uhr: Vereinsplätze: Gesellschaftsspiele des B. H. V.
Tennis: 10 Uhr: Grunewald (Plätze am Hundekehlensee): Rot-Weiß-Turnier.
Rudern: 2 Uhr: Oberspree (Neptun-Bootshaus): Regatta des Grünauer Kanu-Regatter-Verbandes.

Grunewald.

Sonntag, 14. September, 2½ Uhr.

1. Dollar—Tod und Leben.
2. Con amore jr.—Pelion.
3. Louise—Nymphe.
4. Ostrea—Zbomeenus.
5. Goldenes Horn—Lauffür.
6. Lily J.—Stummer Teufel.
7. Grafzeitter—Vesta.

Leipzig.

Sonntag, 14. September, 2½ Uhr.

1. Buschkin—General.
2. Fichte—Golm.
3. Gundum—Troja.
4. Hagelschlag—Duhr Spitze.
5. Wickinger—Bodan.
6. Röschen—Räuberhauptmann.
7. Landung—Manuela.

Demokratischer Klub. Am Dienstag, dem 16. September, spricht in den Räumen des Demokratischen Klubs, Roonstraße 30, Dr. Wilhelm Mommsen, Privatdozent an der Universität Göttingen, über „Unitarismus, Föderalismus und Partikularismus". Der Vortrag ist nur Klubmitgliedern, die im Besitze der zweiten Mitgliedskarte 1924 sind, gestattet, und solchen Gästen, die von Klubmitgliedern persönlich eingeführt werden. Die Damen der Klubmitglieder sind eingeladen.

Wetteraussichten für Berlin und das Reich. Teils heiter, teils wolkig, ohne heftige Niederschläge, am Tage mäßig warm.

Im Nordseegebiet etwas Regen, sonst meist trocken und im Südosten ziemlich heiter. Kühle Nächte.

Berliner Wochenspielplan vom Sonntag, 14. September bis Montag, 22. September.

Erst-Aufführungen:

Montag: **Neues Operettentheater:** Vorstadttheater.
Mittwoch: **Große Volksoper:** Martha.
Mittwoch: **Kleines Theater:** Gefangene.
Donnerstag: **Tribüne:** Der einsame Weg.
Donnerstag: **Lustspielhaus:** Die Zwillingsschwester.
Freitag: **Residenz-Theater:** Die Bibelei.
Sonnabend: **Schiffbauer-Theater:** 1. Klasse. Lottchens Geburtstag.
Sonnabend: **Große Volksoper:** Die Harenvaat (R.).
Sonnabend: **Metropol-Theater:** Gräfin Mariza.
Montag (22.): **Oper am Königsplatz:** Freischütz (R.).

Staatsoper: 14. Carmen (196). 15. Maffire (17). 16. Salome (108). 17. Entführung (190). 18. Siegfried (200). 19. Tannhäuser (90). 20. Mona Lisa (202). 21. Götterdämmerung (R. S. 7). 22. Bardier von Sevilla (90).
Staatstheater: 14., 19., 21. Medea (90, 50, 208). 15. Der arme Peter (202). 16. Journalisten (200). 17. Viel Lärm um nichts (204). 18. König Lear (90). 20. Wilh. Tell (200). 22. Maria v. Maale (200).
Oper am Königsplatz: 14., 20. Bohème (255, 250). 15. Cav. Rust. Bajazzi (254). 16. Tiefland (255). 17., 18. Martha (256, 257). 19., 21. Salomes Gebetbuch (258, 259). 22. Freischütz (261) (R.).
Schiller-Theater: 14., 16., 19., 21., 22. Fest der Handwerker. 15., 17., 18., 20. Candida.
Komische Oper: Das hat die Welt noch nicht gesehen.
Deutsches Theater: Sumurun.
Kammerspiele: 15., 17., 19., 22. Fräulein Julie. 16., 18., 21. Jugendberg. 20. Der Kreis.
Leipziger-Theater: Wenn ich acht.
Komödienhaus: Mein Vetter Eduard.
Deutsches Opernhaus: 14. Aida. 15. Rheinwunder. 16. Rheingold. 17. Prophet. 18. Tosca. 19. Walküre. 20. Jakob, Pl. Lebengsin. 22. Carmen.
Berliner Th.: Der süße Kavalier.
Rach m.: Der Fliegende Holländer.
Theater d. Königgrätzer Straße: Die Gouvernante Schlenkerjahn.
Deutsches Künstler-Theater: Cuxel Verhard.
Große Volksoper: 14. Lebensgrün. 15. La Traviata. 16. Bildschwg. 17. Aida. 18. Bajazzo. 19. Martha. 20. Die Zarenkraut. 21. Carmen.
Theater am Nollendorfplatz: Filmball Göhle, Berling.
Großes Schauspielhaus: Die gelbe Gefahr (Film).
Theater im Admiralspalast: Noch und noch.
Kabarettbühne: 14., 15., 16., 18. Romantisches. 17. Heimatliebe. Nacht des verbrühten Siedebeers. 19., 21., 22. Fahnen. 20. Schneider Wibbel.
Raum m: Von Caroline.
Theater am Kurfürstendamm: Die Frau ohne Frau.
Residenz-Th.: Die vier Schlauweiber.
Trianon-Theater: Ich.
Dramatisches Th. (Friedr.-W.-Th.): Komm um Mitt. 18., 19. Gilbert und Jeanne.
Kleines Theater: Teufelsadokat. Ab 17. Jahrmarkt.
Tribüne: Der Gatte des Fräuleins. 16., 17. Geschlossen. Ab 18. Der einsame Weg.
Schiffbauer-Theater: Der Ring von Hamburg. Ab 20. 1. Klasse. Lottchens Geburtstag.
Theater d. Kommandantenstr.: Bitter Niederstraße.
Raum m: Mädel von Tabos.
Neues Operettentheater: Ab 15. Vorstadttheater.
Wallner-Theater: Urlaf Kaiser.
Central-Theater: Großstadtmum.
Metropol-Theater: Moscoitten. 16. bis 19. Geschlossen. Ab. 20. Gräfin Mariza.
Thalia-Theater: Geschlossen.
Lustspielhaus: Ab 16. Die Zwillingsschwester.
Reise-Theater: Meine Braut — Deine Braut.
Raum m.: Häusel u. Gretel.
Intimes Theater: Crêpe Georgette. Beluch im Reit.
Renaissance-Theater: 14. Schelmenlaufen. 15.—18. Geschlossen. Vorstellung. 19. Idylle. 20.—22. Schelmenlaufen.
Polies Caprice: Die nackte Welt.
Reline-Th.: Mädchen ohne Tadel.
Relion-Theater: Buntes Programm. Einsatz.
Scala: Internationales Varieté-Programm.
Winter-Garten: Varieté.
Etablissement Zielke: Varieté-Kabarett: Lotte Hausmann. Geschw. Dietrich.
Ziriuk Kroue: Zirkusspiele.
Trepitower Sternwarte: 14. Besichtigung des Mount Everest. 16. Gibt es ein Leben auf dem Mars? 17. Kirsanoitsch. Bedeutung d. Sternentwicklg. 20. Erdebmäle auf Neu-Guinea.
Urania: Alt-Berlin. 17., 18. Kolonialfilm. Hörsaal: 14. Werden des Menschen. 15.—18. Musik u. Musik. 19.—21. Wer hilft Dir? 7 Uhr: 16. bis 21. Südwestafrikafilm.

Berliner Theater. Ab 20. Die Zwillingsschwester.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Grünebaum.

Beilage zu Nummer 437 — Sonnabend, 13. September 1924, abends

Industrielle Konzern-Versicherung

Von

Dr. Karl Luttenberger.

Der nachfolgende Aufsatz unterstreicht die Gefahren der industriellen Selbstversicherung, auch wenn sie im Rahmen eines Konzerns gehandhabt wird, und deckt sich dabei mit dem Hinweis, mit dem wir den Aufsatz von Dr. O. Zöhler über das gleiche Thema eingeleitet haben.

Die Redaktion.

In der „Vossischen Zeitung" (Nr. 416) wurde ein Vorschlag zum Zwecke der Vermeidung der Gefahren der Selbstversicherung, wie auch zur Umgehung hoher Prämien betr. Gründung eigener Versicherungsgesellschaften seitens großer Industrieller Konzerne gemacht. Zunächst ist zu bemerken, daß der Gedanke in dieser oder jener Form schon früher durchgeführt wurde. Es bestehen bzw. bestanden verschiedene Industriekonzerne, deren Mitglieder hauptsächlich während des Krieges nur mit Mühe Versicherungsdeckung finden konnten und schon aus diesem Grunde sich veranlaßt sahen, eigene Konzern-Versicherungsgesellschaften zu gründen. Ueberhaupt war die Kriegszeit 1916—1918 dem Selbstversicherungsgedanken von Industrie und Handel sehr förderlich. Als aus neuester Zeit stammende Gründungen dieser Art seien hier folgende angeführt: 1. Kalihphosphat-Vers.-Ges. G. m. b. H. in Berlin; 2. Textilverwaltung G. m. b. H. in Ronneberg; 3. Hamburger Elektrizitätswerke in Hamburg; 4. Gruppe der Asbest- und Gummiwerke Alfred Calmon A.-G. in Hamburg; 5. Lusatia, Gesellschaften in Senftenberg; 6. Deutsche Erdöl Akt.-Ges. in Berlin; 7. „Regeno", Versicherungs-Gesellschaft des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften A.-G. in Berlin usw.

Die meisten der genannten Firmen nehmen allerdings nur Risiken von Mitgliedern, nicht aber auch solche fremder Interessenten in Deckung. Um einen möglichst weit- und tiefgehenden Einfluß auf die neu zu gründende Konzern-Versicherungsgesellschaft zu besitzen, sollten, nach dem eingangs erwähnten Vorschlag, nur die dem Konzern angehörenden Firmen Besitzer der Aktien sein. Damit kann naturgemäß sehr viel erreicht werden. Allein, es darf nicht übersehen werden, daß auch diese Sicherung ihre Schattenseiten hat, wie ein aus der neuesten Zeit stammendes Beispiel deutlich zeigt.

Vor etwa 14 Jahren wurde im Rheinland von einem tüchtigen Generalagenten eine kleinere Feuerversicherungs-Gesellschaft gegründet, die sich hauptsächlich auf rheinisches Industriekapital stützte. Ihr Gründer entfaltete eine so flotte Geschäftstätigkeit, daß heute seinem Versicherungskonzern rund 20 Versicherungsgesellschaften (meist frühere Generalagenturen) angehören. Die Aktien sämtlicher 20 Gesellschaften befinden sich zur Hauptsache im Besitze der erwähnten rheinischen Industriekreise. Wir sehen, daß sich hier ein großer Versicherungskonzern bildete, ganz in dem Sinne des Verfassers des oben erwähnten Artikels. Der Konzern arbeitete vor, während und nach dem Kriege um sehr niedrigen Prämien, und gehörte der deutschen Feuerversicherungs-Vereinigung nicht an, so daß er deren Prämiensätze nicht einhalten brauchte. Nachdem der Prämiensatz für industrielle Feuerversicherungs-Risiken fast auf einem ruinösen Punkt angelangt ist, wünscht auch die technische Leitung jenes Versicherungskonzerns zu höheren, angemessenen Prämien überzugehen. Allein: „Die Geister, die ich rief . . .!" Die Aktionärkreise, die hohe Versicherungen beim Konzern laufen haben, sind keineswegs geneigt, den Uebergang zu höheren Prämien mitzumachen.

Der Vorschlag, zur Vermeidung wenig lohnender Versicherungsarbeiten nur große Geschäfte in Deckung zu nehmen, erscheint doch etwas zu gewagt. Denn wenn es dem Unternehmen nicht gelingt, den größten Teil dieser Deckungsgeschäfte zu einer sehr hohen Quote (4/5 bis 5/6) in Rückdeckung zu geben, könnten sich bei einer Brandkatastrophe die größten Schwierigkeiten ergeben. Auch erscheint es sehr fraglich, ob sich eine Rückversicherungs-Gesellschaft zur Rückdeckung überhaupt finden würde, und ohne Rückversicherung wäre das ganze Unterfangen von vornherein ein Kind. Endlich dürften die Aktionäre auch mit der vorgeschlagenen Prämienpolitik kaum einverstanden sein. Einigkeit unter Aktionären, Aufsichtsräten und Generaldirektion ist das erste Erfordernis einer derartigen einseitig aufgebauten industriellen Konzern-Versicherungsgesellschaft. Oft wird die Einmütigkeit der leitenden Organe aber gerade an den Fragen der Prämien- und Schadensarbeitslistungspolitik scheitern. Ein größerer Schaden eines einzigen Aktionärs dürfte zuweilen genügen, um die Einigkeit aus dem Gleichgewicht zu bringen und den Fortbestand des Konzern-Versicherungs-Unternehmens in Frage stellen.

*

In dem gleichen Sinne äußert sich Dr. K. Meth, Geschäftsführer der Fa. Bleichröder u. Co. in Danzig, der bereits vor zwei Jahren in der „Zeitschrift für Versicherungswesen" zu dem gleichen Thema Stellung genommen hat. „Unheilvoll muß es werden, wenn die Industrie auf die Verwaltung ihres Versicherungsschutzes Einfluß zu gewinnen. Sie will versuchen, um die Prämien zu drücken, denn nach kaufmännischen Grundsätzen wird sie Prämien und Schäden eines Jahres gegenüberstellen und die „zu viel" bezahlten Prämien als Dividende wieder herausziehen. Der deutsche Feuerversicherungsmarkt wird seine Vorteilsstärke nur wieder erreichen, wenn seine Verwaltung unabhängig von seinen Kunden bleibt. Auch mancher Bank ist es in der jetzigen Krise zum Verhängnis geworden, daß ihre Aktionäre ihren Einfluß für ihre eigenen Kreditbedürfnisse geltend machten."

Dr. O. Zöhler hat es hauptsächlich auf die hohe Vermittlerprovision abgesehen. Die von ihm genannte Zahl 35 pCt. dürfte wohl zu hoch gegriffen sein. Mir ist in meiner Praxis 25 pCt. als Höchstzahl, nicht Durchschnittszahl, bekannt. Immerhin brauucht das Bestreben, an diesem Zwischengewinn teilzunehmen, noch nicht zur Gründung eigener Gesellschaften zu führen. Wie die Industriekonzerne sich Rohstoffe unter Ausschaltung des Zwischenhandels durch eigene Handelshäuser beschaffen, so werden sie sich eine Schwierigkeit auch den Versicherungsschutz durch eigene Vermittlergesellschaften beschaffen können.

Einkommensteuervorausbezahlung und Umsatzsteuer-Rückvergütung. Der Exporteur ist in vielen Fällen mit Rücksicht darauf, daß die Einkommensteuervorausbezahlungen sich nach dem Umsatz bemessen, zu einer Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten an Stelle der Versteuerung nach Lieferungen übergegangen. Dementsprechend hat sich der Reichsminister der Finanzen auf die Vorstellungen des Vereins Hamburger Exporteure damit einverstanden erklärt, daß auch in den Fällen, in denen Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten erfolgt, der Ausfuhrhändler berechtigt ist, die Vergütung nach geleisteten Lieferungen zu beanspruchen. Diese Sonderregelung gilt jedoch ausschließlich für die Vergütung der Umsatzsteuer und hat insbesondere keinerlei Einfluß auf die Verpflichtung zur Entrichtung der Umsatzsteuer- und Einkommensteuervorausbezahlungen. Der Ausfuhrhändler, der den Antrag auf Entrichtung nach geleisteten Lieferungen stellt, ist an diesen Antrag bis zum Ablauf des Kalenderjahres 1924 gebunden; von da ab gilt jährliche Bindung.

22½ Mill. Goldmark Ueberschuß der 1. September-Schlade. Nach der Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse betrugen in der Zeit vom 1. bis 10. September die Ablieferungen rund 120 Mill. Goldmark, die Auszahlungen rund 97,5 Mill. Gm., mithin der Ueberschuß rund 22,5 Mill. Gm. Hierdurch erhöht sich der Ueberschuß seit 1. April 1924 auf rund 88,9 Mill. Goldmark. Die Einzahlungen bewegen sich in der Berichtsdekade im Tagesdurchschnitt auf derselben Höhe wie im gleichen Zeitabschnitt des Vormonats, während die Gesamtausgaben im Tagesdurchschnitt eine Abnahme von rund 2,5 Mill. Gm. ergeben.

Amerika für Ausschreibung der Reparationsanleihe in den Währungen der Ausgabeländer. Wie „United Press" aus Washington meldet, tritt jetzt auch Staatssekretär Mellon dafür ein, daß die 800-Mill.-Anleihe in den Währungen der verschiedenen Länder, in denen sie aufgebracht werden, ausgeschrieben werde. Auf diese Weise wird eine ausschließliche Dollar- und Pfundgrundlage vermieden und denoch den Prestigewünschen, zumal der englischen Finanz, Rechnung getragen.

Auflegung einer neuen Anleihe in der Schweiz. Eine neue 5proz. Anleihe der Eidgenossenschaft wird in Zürich und zu unsa Zürich gemeldet, mit einem Ausgabekurs von 98 pCt. im Betrage von 80 Millionen zur Konvertierung eines am 30. September fälligen Anteils in Höhe von 100 Mill. aufgelegt. 20 Mill. werden davon zurückgezahlt.

Vorläufig keine Einigung im Kohlensyndikat. In der heutigen Zechenbesitzerversammlung wurde der von der Mehrheit vorgeschlagene Syndikatsvertrag von der Minderheit nicht angenommen. Gegen 12 Uhr wurden die Verhandlungen auf einige Stunden unterbrochen, um Möglichkeit zu weiteren Einigungsverhandlungen zu bieten.

Weitere Ausdehnung des Michael-Konzerns. Die Firma Micheal u. Co. in Berlin ist auf ihrem Wege, für ihre umfangreichen Mittel eine entsprechende Verwertung zu finden, einen Schritt weitergegangen, indem sie sich durch eine ihr nahestehende Bank an der „Iduna", Allgemeine Versicherungs-A.-G., der „Iduna", Lebens-Versicherungsbank und der „Salia" Hallesche Rückversicherungs-A.-G. durch Aktienkäufe beteiligt und in den Aufsichtsrat dieser Gesellschaften Mitglieder entsandt hat. Der unverhohlene Zweck der Interessennahme scheint zu sein, ein Zusammengehen der Iduna-Gesellschaften mit den bereits von Michael beherrschen Stettiner Versicherungsunternehmungen herbeizuführen. Möglicherweise werden aber auch künftig etwaige Prämienüberschüsse der Versicherungsgesellschaften in den von Michael kürzlich den Konzern angegliederten Hypothekenbanken Anlage finden können. Man darf auf die weiteren Schritte Michaelis zur Abrundung seiner Positionen am langfristigen Kapitalmarkt gespannt sein.

Der Deutsche Genossenschaftstag für Wiedereinführung des Bankgeheimnisses. Die Beratungen des Verbandes der deutschen Genossenschaften wurde gestern fortgesetzt. Justizrat Dr. Rau-Berlin sprach über die Aufwertung. Die Bedeutung des Genossenschaftswesens für Gegenwart und Zukunft legte Direktor Korthaus-Berlin dar. Leider finde der gewerbliche Mittelstand beim Parlament und bei den Behörden nicht das nötige Verständnis und Entgegenkommen. Prof. Dr. Stein-Frankfurt behandelte die Wirtschaftsethik in ihren Beziehungen mit den Genossenschaften. Der Vortrag des Direktors Dr. Ullmann-Heidelberg über die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses führte zur Annahme folgender Entschließung an den Reichsminister: „Die Verarmung des gesamten Mittelstandes und die damit verbundene Unzulänglichkeit der für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft benötigten Betriebsmittel machen es bei der derzeitigen Erschwerung einer Vertrauensbildung unter den Gläubigern und die noch vorhandenen von der Bevölkerung infolge der Aufhebung des Bankgeheimnisses zurückgehaltenen, also brach liegenden Gelder den Geldmarkt wieder zur Verfügung zu stellen, die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses zurückgeführt werden. Hieraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, daß zum mindesten alle eine Kapitalschaffung hemmenden gesetzlichen Bestimmungen beseitigt werden müssen. Zu diesen störenden Bestimmungen gehören in erster Linie die den Geldinstituten in der Reichsabgabenordnung auferlegte Auskunftspflicht im Steuerermittelungsverfahren, welche wohl kaum ein praktisches Ergebnis für die Finanzbehörde gezeitigt, wohl aber weiten Kreisen der Bevölkerung zur Zurückhaltung von Geldern Veranlassung gegeben hat. Der Deutsche Genossenschaftstag beschließt an die Verwaltung der Reichsbank, im Betriebsmittel besonders leidenden gewerblichen Mittelstand als seine Pflicht, erneut auf die Notwendigkeit der Wiedereinführung des Bankgeheimnisses hinzuweisen und richte hiermit an den Reichsminister der Finanzen die Bitte, im Interesse des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft die Beseitigung der in Betracht kommenden Bestimmungen der Reichsabgabenordnung herbeizuführen."

Riebe-Werk A.-G. zu Berlin-Wellensee. In G.-V. Gelegentlich der Umstellung auf Goldmark Das Kapital wird von 75 Millionen Papiermark auf 4 005 000 Gm. (70:4) umgestellt; wovon 4 Mill. Gm. auf die Stammaktien und 5000 Gm. auf die mit mehrfachem Stimmrecht versehenen Aktien Lit B entfallen. Der gesetzliche Reservefonds wird auf 400 000 Gm. erhöht. In den Aufsichtsrat gewählt Fritz Bruck, (Alexander Loewenherz Nachflg.) Einführung der Stammaktien zum amtlichen Verkehr an der Berliner Börse beabsichtigt.

Plundkredit der Berndorfer Metallwarenfabrik Krupp. Die Berndorfer Metallwarenfabrik Krupp hat nach dem „Oesterreichischen Volkswirt" von der „Finance Corporation Ltd." in London einen Kredit von 100 000 Pfd. Sterl. erhalten, der auf 400 000 Pfd. Sterl. erhöht werden kann. Der Kredit läuft fünf Jahre, wobei sich Krupp ein früheres Rückzahlungsrecht gesichert hat, und stellt sich die Gesellschaft mit verschiedenen Nebenkosten auf etwas über 10 pCt. Außerdem hat sich die englische Gruppe eine Option auf bis zu 100 000 Mitterberger Aktien — gestaffelt nach der Inanspruchnahme des Kredits — zu 150 000 Kr. einräumen lassen. Da die Mitterberger Aktien zurzeit ungefähr 110 000 Kr. notieren, dürfte diese Option erst bei einer wesentlichen Erhöhung der Kurse ausgeübt werden, doch liegt darin für die Engländer ein möglicherweise sehr wertvolles Bezugsrecht, da die Mitterberger Aktien früher schon über 50 000 Kr. gestanden haben. Für Krupp bedeutet die Transaktion eine außerordentliche Zinsenersparnis, da der Kredit bei ihrer österreichischen Bankverbindung bisher doppelt so hoch, wie jetzt ausfiel.

Aufsichtsratstantieme 3½ KCt. des Aktienkapitals. G.-V. der Westdeutschen Kalkwerke A.-G. in Köln beschloß, Reingewinn von 4871 Bill. M. vorzutragen. Der Eisenbahnversand von sämtlichen Werken ruht. Fabrikat bis Oktober 1923, mit Ausnahme des in der britischen Zone liegenden Werkes Berg-Gladbach, und konnte erst allmählich wieder aufgenommen werden. Daher war der Betrieb nur in ganz eingeschränktem Maße aufrechtzuerhalten. Ferner genehmigt Gläubigerbilanz. Kapital wird von 10 800 000 M. auf 3 015 000 Gm. herabgesetzt. Aufsichtsrat soll eine Gesamtvergütung von 25 000 Dollar statt 305 000 Goldmark erhalten.

Warenmärkte.

Berliner Produktenverkehr.

Die Grundtendenz der heutigen Berliner Prgdukten̄börse war weiter fest. Jedoch läßt sich nicht verkennen, daß der Handel den immer noch hohen und vielfach erhöhten Forderungen der Provinz gegenüber größte Vorsicht walten läßt. Die Unternehmungslust war gering, worauf offenbar auch die von der Regierung angekündigten Verfügungsbeschränkungen erleichtert. Das Preisniveau zeigte im allgemeinen wenig Veränderungen.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 13 September. **Preise in Goldmark** auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 kg.

Produkte	heute	Vortag	Produkte	heute	Vortag
Weizen, märk.	225—236	222—234	Vikt.-Erbs	32,00—35,00	32,00—35,00
„ schles.	—	—	Kl. Speise.	22,00—26,00	22,00—26,00
Roggen, märk.	197—202	195—200	Futtererbs.	19,00—20,00	19,00—20,00
„ pomm.	—	—	Peluschken	17,00—18,00	17,00—18,00
„ meckl.	—	—	Wicken	16,00—17,00	16,00—17,00
„ schles.	—	—	Leinsaat	12,00—13,00	12,00—13,00
Gerste, Brau-	212—240	212—240	do. gelbe	14,00—17,00	14,00—17,00
„ Futter-	195—202	195—202	Sonnenblumen	13,00—14,00	13,50—14,00
Hafer, märk.	180—185	178—188	Rapskuchen	14,50	14,50
„ pomm.	—	—	Leinkuchen	24,00—25,00	24,00—25,00
Mais loko Berlin	—	—	Trockenschnitzel	—	—
waggonfr. Hamb.	—	—	Kartoffel-Flocken	13,20—13,30	13,20—13,70
Weizenmehl	32,00—34,00	32,00—34,00	Vollm.-Zuck.	—	—
Roggenmehl	28,00—31,00	28,50—30,50	Schnitzel	22,00—24,00	22,00—24,00
Weizenkleie	14,50	14,50	Kartoffel-Flocken	—	—
Roggenkleie	13,50	13,50	Torfmeisaat	19,50	19,50
Raps	335—340	336—340	Mischg.30/70	—	—
Leinsaat	440—445	440—445	Mischg.35/70	9,00	9,00

Tendenz: Mehl behauptet, Kleie fest. Alles übrige ruhig.

Oele und Fettwaren.

Berliner Butternotierungen am 13. September 1924. Ia Qualität 175,—, IL Qualität 150,—, abfallende 120,—. Tendenz: ruhig.

London. 12. September. Leinsaat. Kalkutta. Sept.-Okt. 22¾. La Plata loko (Hud) 20¼. Septbr.-Dezbr.- 20¾. Jan.-Febr. 19¾. Rapsaat. Septbr.-Oktbr. 37½. Tendenz ruhig. — Rüböl raff. loko 34. do. roh, loko 48. Hull extracted 43½. Leinsaatöl loko 42½, Septbr.-Dezbr. 41⅝, Jan.-Febr. 40⅝. Tendenz behauptet.

Fische.

Stettin, 12. September. Salzheringe. (Bericht von Theod. Helm. Schröder.) Die Zufuhren beliefen sich in der verflossenen Woche auf 4580)1, 2019)1 Fässer Salzheringe aus Holland. Es wurde infolgedessen alles, was vorrätig gestellt wurde, sofort aus dem Markte genommen. Die Haltung des Marktes blieb fest. Es wurde bezahlt für: Crownlargefulls 65—67, Crownfulls 63—65, Crownmatfulls 56—58, Crownmatties 53—55, Shetland Largefulls 62 bis 64, do. Fulls 58—60, do. Matfulls 53—55, do. Matties 49—51; südlichere Schotten: Fulls 53—55, Matfulls 48—50, Matties 46—48; Norweger Sloheringe 4/500er 42—44, do. 5/700er 45—48, do. 6/700er 46—48, Norweger Vaarheringe 4/500er 34—37, do. 5/600er 35—37, do. 6/700er 36—38 NKr., Schwedische Largespents 20—22, do. Spents 18—20, do. Kleinspents 16—18 SKr., Holländer Prima 37—39, do. Matjes 32 bis 34 Hfl., alles zollfrei, ab Lager Stettin.

Starker Rückgang der englischen Ausfuhr nach Deutschland. Die neuesten Statistiken zeigen, daß Deutschland im August bedeutend weniger bezog, als im August dem gleichen Monat des Vorjahres. Als einzige Ausnahme kommt dabei der Artikel der Textilmaschinen in Betracht.

(Alles in Pfund)	1924 August	1924 Jan.-August	1923 August	1923 Jan.-August
Eisen und Stahl	29 665	334 116	58 058	364 458
Kohle	508 770	5 524 299	1 516 543	13 641 624
Baumwolle	8 111	261 084	52 288	227 143
Wolle	37 164	1 270 806	205 565	1 238 318
Häute	7 768	75 460	9 396	45 643
Textilmaschinen	28 141	217 485	10 443	102 028

In diesen acht Monaten waren die Käufe in Textilmaschinen also mehr als dreimal so hoch im Vergleich zum Vorjahre. Im großen zeigen die Ziffern ein ganz erstaunliches Abnehmen der Kaufkraft und Kauflust Deutschlands, jedoch sind Anzeichen der Besserung im Vergleich zu den Vormonaten vorhanden. Der Rückgang des englischen Exports entspricht der Verlangsamung aus der Wiederaufnahme der Produktion des Ruhrgebiets, die im vorigen Jahre wegen des passiven Widerstandes noch lahmgelegt war.

Wiederaufnahme des Devisenterminhandels in Wien. Die Oesterreichische Nationalbank hat neuerdings wieder aus Wien gemeldet, daß sie dem allgemeinen Verkehr und der Industrie erhobenen Wunsch erfüllt und nimmt das Termingeschäft in Devisen, das seit dem Kriegsausbruch eingestellt war, wieder auf. Man erhofft sich davon eine größere Einlieferung an Devisen als bisher, da vielfach Devisen zurückgehalten werden sollen, um Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Auch wird durch diese Maßnahme die Inanspruchnahme ausländischen Kredites gefördert, da die Möglichkeit der Anspruchnahme von Termindevisen das Kursrisiko aufhebt, das bisher viele von der Aufnahme von Devisenkrediten abgehalten hat. Gleichzeitig hat die Nationalbank verproviantiert. Umsatzgebühren für Termindevisen aus der Wiederaufnahme der Produktion des Ruhrgebiets, die im vorigen Jahre wegen des passiven Widerstandes noch lahmgelegt war.

Wiederaufnahme des Devisenterminhandels in Wien. Die Oesterreichische Nationalbank hat neuerdings wieder aus Wien gemeldet, daß sie dem allgemeinen Verkehr und der Industrie erhobenen Wunsch erfüllt und nimmt das Termingeschäft in Devisen, das seit dem Kriegsausbruch eingestellt war, wieder auf. Man erhofft sich davon eine größere Einlieferung an Devisen als bisher, da vielfach Devisen zurückgehalten werden sollen, um Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Auch wird durch diese Maßnahme die Inanspruchnahme ausländischen Kredites gefördert, da die Möglichkeit der Anspruchnahme von Termindevisen das Kursrisiko aufhebt, das bisher viele von der Aufnahme von Devisenkrediten abgehalten hat. Gleichzeitig hat die Nationalbank verproviantiert. Umsatzgebühren für Termindevisen aus der Wiederaufnahme der Produktion des Ruhrgebiets, die im vorigen Jahre wegen des passiven Widerstandes noch lahmgelegt war.

Fortdauernder Auftragsmangel in der Papierindustrie. Die Betriebswasserverhältnisse waren im August bei reichlichem Niederschlag gut, doch konnten die verfügbaren Wasserkräfte zufolge des Augustbriefts des Zentralverbands der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie wegen mangelnder Absatzmöglichkeit meist nicht voll ausgenutzt werden. Der Absatz im Rohstoff ist gleich null geblieben, das Geschäft stärker als die Nachfrage. Nur auf dem Lumpenmarkt machte sich, ausgehend von einem erhöhten Bedarf Amerikas, eine fühlbare Verknappung und Verteuerung bemerkbar. Auftragsmangel bleibt unbeschreibbar. Der Geschäftsgang blieb sehr still, da der Auftragsmangel im In- und Auslande weiter anhielt. Wenn auch in den letzten Tagen gewisse Anzeichen einer Belebung des Marktes zu beobachten waren, so ist das zugegangene Material noch zu gering, um tatsächliche Gesundung unserer Wirtschaftsverhältnisse eintreten wird.

Rekonstruktion einer österreichischen Bank. Die Oberösterreichische Handels- und Gewerbebank, die vor einigen Monaten in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, ist, nach einer von zugegangenen Prüfungsbericht, gesunder rekonstruiert und hat ihre Tätigkeit wiederaufgenommen. Das Institut hat nur eine mindere lokale Bedeutung.

Abtehnung eines deutschen Konzessionsgesuches durch die niederländische Regierung. Wie aus einer eigener Drahtbericht aus dem Haag meldet, teilte die niederländisch-indische Regierung dem Vertreter des Herzogs von Mecklenburg, Heilfferich, mit, daß eine Konzession für Pflanzungsanlagen des Herzogs auf Neu-Guinea nicht erteilt werden könne.

Kündigung sämtlicher Handelsverträge durch die griechische Regierung. Die griechische Regierung hat, wie aus unserer Athener Korrespondenz drahtet, die Handelsverträge mit allen Staaten gekündigt und zugleich mitgeteilt, daß sie dieselben vor der Hand noch drei Monate als wirksam ansehen will, um Zeit für Verhandlungen zu ihrer Umstellung zu gewinnen.

Dividende.

Emaillier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Ullrich in Malkammer: 1 Goldmark auf Stamm- und Vorzugsaktien. Reingewinn 124 819 Bill. Mark.